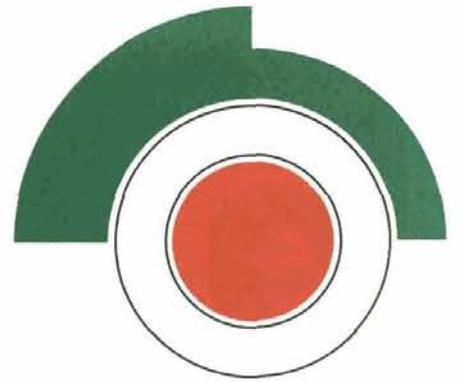


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 18



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 32. Jahrgang, 13. Wahlperiode, 21.12.2001

Weihnachtliches aus dem Landtag

Weihnachten steht vor der Tür. Viele Menschen freuen sich auf das Fest, für manche bedeutet es aber auch Stress und Hektik, die passenden Geschenke für die Lieben daheim zu finden. Wieder andere verbringen das Weihnachtsfest nicht zu Hause, sondern machen Urlaub in den Bergen oder in südlichen Ländern. Und wie verbringen Abgeordnete und Mitarbeiter des Landtags das Weihnachtsfest?

Keine Hektik im Weihnachtstrubel hat Charlotte Kann (SPD). Die Feiertage verbringt sie wie jedes Jahr in den Bergen. Dieses Jahr ist das Allgäu ihr Ziel. Dort will Kann zwar nicht Ski fahren, hofft aber dennoch auf Schnee, denn sie möchte ausgedehnte Spaziergänge machen.

Im Kreis der Familie

Ganz traditionell verbringt dagegen Willi Zylajew (CDU) die Weihnachtstage mit seiner Familie. Auf seinem Plan steht an Heiligabend auch ein Gottesdienstbesuch. Da er auch noch bei der Caritas aktiv ist, hat er dieses Jahr die Aufgabe übernommen, Heiligabend die Nachtwachen in den Altenheimen zu besuchen. Zylajew freut sich auf ein paar freie Tage im Familienkreis.

Landtagsvizepräsidentin Edith Müller (GRÜNE) verbringt das Fest „wie Millionen andere Menschen auch“ im Kreise ihrer Familie. Für die Feiertage hat sie nichts Besonderes eingeplant. Traditionell gibt es im Hause Müller Heiligabend frischen Aal. Die Geschenke sind noch nicht komplett, aber beim Kauf legt sie Wert darauf, keine „Verlegenheitsgeschenke“ zu machen, sondern denkt bei der Auswahl auch an die Person des Beschenkten.

Felix Becker (FDP) betrachtet Weihnachten auch mit einem weinenden Auge, denn die jüngste Tochter, die am 26. Dezember Geburtstag feiert, verbringt das Fest in den USA. Der Rest der Familie bleibt Weihnachten zu Hause, Heiligabend wird ein Gottesdienst besucht. Wie in jedem Jahr gibt es auch 2001 an Heiligabend Königin-

pastete und Rotweincreme. Ebenfalls im Familienkreis verbringt Karla Frankus von der Pressedokumentation das Fest. Heiligabend

gibt es dieses Jahr ein kaltes Buffet, früher wurde aber immer Karpfen serviert. An den beiden Feiertagen stehen Verwandtenbesuche auf dem Programm. Die Weihnachtsgeschenke sind noch nicht alle beisammen, aber der fünfjährige Sohn bekommt einen Waggon für seine Spielzeugeisenbahn, den er sich sehnlichst gewünscht hat.

Peter Keup vom Personalmanagement verlebte Weihnachten ebenfalls wie gewohnt mit der Familie, wobei seine Frau Heiligabend auch noch ihren Geburtstag feiert. Auch ein Kirchengang ist eingeplant. Am 25. und 26. Dezember werden Eltern und Schwiegereltern besucht. Die Weihnachtsgeschenke wurden schon seit Anfang November gekauft, so dass kurz vor Weihnachten keine Hektik mehr aufkommt.

Hans-Georg Schröder vom Ausschussassistentendienst bleibt mit seiner Familie zu Hause. Heiligabend ist nachmittags oder abends der Besuch eines Gottesdienstes vorgesehen. Mit dem Trubel um die Weihnachtsgeschenke ist es bei Schröder schon vorbei, denn die Geschenke sind bereits vollständig eingekauft!



Von Ellen Werthmann (SPD)

Die Landesentwicklungsgesellschaft ist seit über dreißig Jahren ein bewährtes Instrument zur Umsetzung der Wohnungs-, Städtebau- und Strukturpolitik des Landes. Von den 110 000 Wohnungen der LEG-Unternehmensgruppe sind über 80 Prozent öffentlich geförderte Sozialwohnungen. Dort leben rd. 350 000 Mieter günstig und gut. Besonders engagiert ist das Unternehmen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf und in Großsiedlungen: Hier betreut die LEG 50 000 Mieter in über 16 000 Wohnungen in zwölf Städten. Damit trägt die LEG maßgeblich zur Stabilität des Wohnungsmarktes und zur angemessenen Wohnraumversorgung breiter Schichten der Bevölkerung bei.



Auch bei der Eigentumsbildung für untere und mittlere Einkommensgruppen ist die LEG in besonderem Maße aktiv. In der Bestandsmodernisierung und im Neubau setzt die LEG ökologische und energetische Akzente: Allein in den letzten drei Jahren wurden 26 000 Wohnungen mit Hilfe des Energiesparprogramms des Landes an moderne Wohn- und Energiestandards angepasst. Als Dienstleister „rund um die Immobilie“ ist die LEG zurzeit mit über 200 Projekten in NRW aktiv. Städtebauliche Entwicklungsmaßnahmen, die Sanierung und Vermarktung von ehemaligen Industriebrachen als Treuhänderin der Grundstücksfonds des Landes, der Bau und die Sanierung von Schulen, Kindergärten und Infrastruktureinrichtungen zeigen den Stellenwert des Unternehmens für die Städte und Gemeinden. Die LEG investiert zurzeit eine Milliarde Mark in die Modernisierung ihres Wohnungsbestandes. Hinzu kommen Investitionen von mehreren hundert Millionen Mark in der Projektentwicklung, im Bauträgergeschäft sowie über Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Das stabilisiert die lokale Wirtschaft und sichert Arbeitsplätze.

Von Karl Peter Brendel (FDP)

„Die LEG hat für uns einen attraktiven Büroneubau geplant und gebaut, der unseren Anforderungen an Funktionalität, Flexibilität und



Qualität voll erfüllt“, berichtet ein zufriedener Kunde im Geschäftsbericht 2000 der LEG. Ergänzend heißt es dann, dass die LEG ihr Engagement im Geschäftsfeld Gewerbebau weiter ausbauen will. Der LEG-Konzern besteht aus der LEG NRW GmbH und rund 80 Tochter- und Beteiligungsgesellschaften. Größte Gesellschafter der Muttergesellschaft sind das Land NRW über seine Beteiligungsverwaltungsgesellschaft mit 68, die WestLB mit 22 Prozent. Von der Wohnungsverwaltung für private Eigentümer bis zur Erstellung von Gewerbebauten als Bauträger reicht das Angebot. Als Treuhänderin des Grundstücksfonds ist die LEG größter Anbieter von Industrie- und Gewerbeflächen in NRW. Die Bruttorendite soll sich von sechs im Jahre 2000 auf acht Prozent im Jahre 2004 entwickeln. Ein ganz normaler Konzern also.

Auch bei der LEG geht schon einmal etwas schief, mit fatalen Folgen für die Kunden — so zum Beispiel für die Mieter in Hamm, wenn ihre Wohnungen nach einer sehr oberflächlichen Prüfung des Käufers veräußert werden. Wissen konnte dies angeblich keiner, verantwortlich ist natürlich niemand. Ein schlechtes Geschäft war es wohl auch noch. Die LEG ist also ein ganz normales Unternehmen mit einigen Besonderheiten auf Grund ihrer öffentlich-rechtlichen Komponenten.

Dies wird weniger in ihrem Handeln deutlich als an den handelnden Personen. Im Aufsichtsrat des Staatssekretärs Morgenstern gibt es mehr Ministerialdirigenten als in anderen Aufsichtsräten. Die polemische Frage wäre, brauchen wir deshalb die LEG? Die sachliche Antwort: Für eine landeseigene Gesellschaft mit diesen Geschäftsbereichen besteht kein Bedarf (mehr). Die Aufgaben können von privaten Anbietern ebenso erledigt werden.

Von Bernd Schulte (CDU)

Die LEG ist mit 104 000 Wohnungen im Konzern eines der größten Immobilienunternehmen in der Bundesrepublik. Das Land NRW ist mit 68 Prozent beteiligt, die WestLB hält weitere 19 Prozent. Durch ihre Geschäftspolitik ist die LEG in den letzten Monaten bundesweit in die Negativschlagzeilen geraten. Denn die LEG hat sich von ihrem eigentlichen Auftrag, die Wohnungspolitik des Landes zu unterstützen, weit entfernt. Gerade eine landeseigene Wohnungsgesellschaft müsste dazu beitragen, die wohnungs- und sozialpolitischen Verpflichtungen des Landes zu erfüllen. Nach Auffassung von Bauminister Vesper soll die Anzahl der Sozialbindungen durch neue Instrumente der Bestandspolitik erhalten und erweitert werden. Tatsache ist aber, dass in NRW ein Rückgang der sozialgebundenen Wohnungen bis 2019 von 1,3 Millionen auf 400 000 von der Wohnungsförderungsanstalt (WfA) prognostiziert wird. Wollte die Landesregierung dieser Entwicklung entgegensteuern, läge es nahe, sich dabei der LEG zu bedienen. Doch die LEG nutzte die Niedrigzinsphase zur Einleitung des Umbaus des Portfolios durch Ablösung öffentlicher Mittel. Ergebnis ist die weitere drastische Reduzierung der öffentlich geförderten Wohnungen. Der von Staatssekretär Morgenstern geführte Aufsichtsrat stützt den strikt neokapitalistischen Kurs der LEG-Geschäftsführung. Nach eigener Geschäftsphilosophie versteht sich die LEG als ein Unternehmen wie jedes andere am Markt, das seine Unternehmensziele im Wettbewerb verwirklicht. Zwischen LEG-Geschäftspolitik und dem Anspruch rot-grüner Wohnungspolitik klafft ein unüberbrückbarer Gegensatz, weil die LEG eine sozialpolitisch rücksichtslose Privatisierungspolitik betreibt, die auch zu Lasten der Menschen geht, die wohnungsmäßig auf staatliche Hilfe angewiesen sind. Die Mieter in zahlreichen verkauften Wohnungen (besonders in Hamm und Oberhausen) leben in teilweise menschenunwürdigen Verhältnissen. Die LEG verkaufte marode Wohnungen, ohne die entsprechende rechtliche Vorsorge für eine Sanierung durch den Erwerber zu treffen. Damit verletzte sie ihre Fürsorgepflicht gegenüber den Mietern und machte Wohnungen zu Spekulationsobjekten. Auch im Bereich des von der LEG verwalteten Grundstücksfonds des Landes sieht die Bilanz nicht gerade rosig aus. Viele Industriebrachen bleiben lange liegen und können nur mit Millionensubventionen aus öffentlichen Mitteln wieder auf den Markt gebracht werden. Hier setzt das Land nicht auf kleinteilige Lösungen durch die Kommunen oder private Projektentwickler, sondern auf Staatswirtschaft. Damit ist die LEG weit davon entfernt, eine erfolgreiche Landesgesellschaft zu sein. Wohnungspolitik des Landes und Geschäftspolitik der LEG müssen im Gleichklang stehen. Da dieser Gleichklang nicht mehr besteht, sollte die Landesregierung ehrlicherweise eingestehen, dass diese Landesbeteiligung überholt ist.



Brauchen wir noch eine Landesentwicklungsgesellschaft?

Von Peter Eichenseher (GRÜNE)

Ja, die LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW ist und bleibt sowohl beim Wohnungsbau als auch bei der Stadtentwicklung ein unverzichtbares Instrument zur Umsetzung landespolitischer Ziele.



Konzernweit betreut die LEG in Nordrhein-Westfalen rund 330 000 Mieterinnen und Mieter in 110 000 Wohnungen. Damit ist die

LEG nach wie vor in der Lage, viele Menschen mit preiswertem Wohnraum zu versorgen. In Zeiten, in denen der Wohnungsmarkt in allen Teilbereichen als entspannt bezeichnet werden kann, sind Wohnungen nur vermietbar, wenn sie modernen Standards entsprechen. Bündnis 90/DIE GRÜNEN unterstützen deshalb das mittelfristige Instandhaltungsprogramm mit dem Ziel, innerhalb von fünf Jahren rund eine Milliarde DM in den eigenen Wohnungsbestand zu investieren. Diese Investitionen müssen zum Teil durch Veräußerungen von Wohnungsbeständen refinanziert werden. Die Verkaufsüberschüsse werden in den vorhandenen Bestand reinvestiert, im Jahr 2000 zum Beispiel rund 171 Millionen DM. LEG-Mieter profitieren von dieser Strategie, da ihre Wohnungen an moderne Standards angepasst werden und sich damit der Wohnwert erheblich verbessert. Gleichzeitig hat die LEG in den letzten drei Jahren fast 14 000 Wohneinheiten hinzugekauft, die vom Bund, vom Land oder von Kommunen veräußert wurden. Dies macht deutlich, dass die LEG als eine der größten Immobiliengesellschaften Deutschlands sich keinesfalls aus ihrer wohnungspolitischen Verantwortung zurückzieht, sondern auch zukünftig ein wichtiges wohnungspolitisches Instrument in Nordrhein-Westfalen ist.

Die LEG ist ferner ein verlässlicher Partner bei der Stadt- und Strukturentwicklung. Viele Städte und Kommunen beauftragen die LEG für Entwicklungsaufgaben wegen ihrer langjährigen Erfahrungen in diesem Bereich für die Städte und Kommunen. Über ihre Tätigkeiten im Rahmen des Grundstücksfonds trägt sie wesentlich zur Entwicklung von im Land vorhandenen Industriebrachen bei. Weitere wichtige Beiträge für die Stadtentwicklung leistet sie z.B. über die Entwicklung und Erschließung von größeren Industrieflächen in den Städten und Gemeinden des Landes sowie bei der Entwicklung und Erschließung von Bauland. Damit ist sie nicht nur für die Kommunen, sondern auch für das Land ein wichtiger Partner zur Umsetzung der Landesinteressen bei der Stadtentwicklung.

Landeshaushalt für kommendes Jahr in dritter Lesung verabschiedet

Mit den Stimmen der Koalition hat der Landtag am 19. Dezember den Haushalt für das kommende Jahr in 3. Lesung verabschiedet. In der teilweise erregt geführten Debatte forderte die CDU-Opposition den Ministerpräsidenten vor allem wegen seines angeblichen Versagens bei Wachstum und Beschäftigung zum Rücktritt auf. Die Liberalen warfen Clement vor, er tue nicht genug gegen die Bildungsmisere. Die Koalition wiederum hielt der Opposition vor, sie habe keine Alternativen und Konzepte aufzuweisen und rede das Land schlecht. — Dem Plenum lagen acht Anträge zum Haushalt vor, bei einem, der CDU-Forderung nach genereller Einführung des Abiturs nach zwölf Jahren, gab es eine namentliche Abstimmung: 103 Abgeordnete von CDU und FDP dafür, 116 Abgeordnete stimmten dagegen.



Dr. Jürgen Rüttgers



Edgar Moron



Jürgen Möllemann



Sylvia Löhrmann

Dr. Jürgen Rüttgers, CDU-Fraktionsvorsitzender, sagte über den vorliegenden Landeshaushalt, er sei verfassungswidrig. Weil die Kreditaufnahme die Investitionen überschreite, habe seine Fraktion beschlossen, gegen Etat vor dem Verfassungsgerichtshof des Landes in Münster Klage zu erheben. Rüttgers: „Der Haushalt enthält keine Impulse im Bereich der Wirtschaft und beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Er enthält keine Impulse für ein besseres Bildungssystem und er versagt im Kampf gegen den internationalen Terrorismus.“ Zur Ankurbelung der Wirtschaft im Lande legte der Fraktionsvorsitzende ein Fünf-Punkte-Programm vor, das folgende Eckpunkte habe: Verzicht auf die geplanten Steuererhöhungen, Investitionsprogramm von einer Milliarde zur Bekämpfung des Investitionsstaus bei Altenpflegeheimen, Hochschulen, Krankenhäusern und Landesstraßen, Aufstockungen der Zuweisungen an die Kommunen um eine Milliarde in den kommenden Jahren, Aufhebung des 630-Mark-Gesetzes und Einführung eines Niedriglohnssektors zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und ein Sonderprogramm zur Förderung von Wirtschaft und Forschung für Firmen der High-Tech-Branche und der Biotechnologie. Rüttgers urteilte: „Rot-GRÜN ist verbraucht. Der Ministerpräsident denkt nur in Schlagzeilen. Die Regierung ist pleite.“

Edgar Moron, Vorsitzender der SPD-Fraktion, wandte sich an den CDU-Chef mit den Worten, er habe nicht das Recht, das Land schlecht zu reden; Rüttgers stänkerte im Hintergrund. „Wir sind stolz auf unser Land, und wir werden diesen Haushalt verabschieden“, sagte er; der Haushalt sei verfassungsgemäß. Er hielt der „alternativlosen“ Opposition vor, sie sei nicht in der Lage, Konzepte vorzulegen. Moron bekräftigte, es sei weiterhin Ziel die Arbeitslosigkeit zu halbieren; die Unternehmen sollten nicht den Fehler begehen, Arbeitskräfte jetzt zu entlassen, die sie in wenigen Monaten, wenn die Konjunktur wieder anspringe, erneut einstellen müssten. Als Mahner in der Bildungspolitik sei der ehemalige Bildungsminister Rüttgers ungläubig, denn zu seiner Zeit seien im Bundeshaushalt mehr als 1,5 Milliarden Mark gekürzt worden. Der Sprecher lehnte ein Vorziehen der zweiten Steuerreform ab; die Folgen wären für Land und Kommunen „verheerend“. Die Finanzbeziehungen der öffentlichen Haushalte

seien dringend neu zu ordnen. Kritik an der Finanzierung der inneren Sicherheit wies Moron als realitätsfremd und teilweise abenteuerlich zurück. Ein Stopp der Hilfen für die deutsche Steinkohle komme nicht in Frage. „Die Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen leisten mit diesem Haushalt einen weiteren wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung unseres Landes“, schloss Moron.

Jürgen Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, erklärte, „der von Rot-GRÜN zur Abstimmung gestellte Haushalt 2002 ist das Dokument einer teils falschen, teils unzulänglichen Politik“. Das Haushaltsgebaren der Koalition bewege sich im Bereich „verfassungsrechtlicher Fragwürdigkeit“. In der Schulpolitik sei Handeln erforderlich und nicht die Vorlage von Papieren („PISA macht unser Land zum Hanswurst der internationalen Bildungsszene“), bei der Mobilität seien sich Rot und GRÜN in Sachen Metrorapid und Flughafen ausbau uneins, in der inneren Sicherheit würden immer neue Gesetze erlassen, aber hier gebe es „kein Gesetzes-, sondern ein Vollzugsdefizit“. Die Mittel für Bildung und Mobilität solle die Steinkohle liefern, aber statt dieses „Subventionsgrab“ zu schließen, werde mit der Förderung der Windenergie ein neues aufgemacht. Mit Nachdruck setzte sich Möllemann für eine Verkleinerung des Staatsapparats ein und nannte hier die FDP-Forderung, die Zahl der Abgeordneten im Landtag auf 151 zu begrenzen. Er wandte sich in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage gegen Steuererhöhungen und machte die bevorstehende Ökosteueraanhebung für die aktuellen Schwierigkeiten der Autoindustrie mitverantwortlich. Im Krankenversicherungssystem sei neben der Solidarleistung stärker das Element der individuellen Leistung zu berücksichtigen.

„Politik für ein Leben mit Kindern“

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, unterstrich den Beitrag ihrer Fraktion zur Politik in Land und Bund: „Wir haben die Energiewende geschafft, die Agrarwende begonnen, die Verkehrswende angepackt und Investitionen in die Bildung ernst genommen.“ Mit den GRÜNEN seien Zeichen in der Frauenpolitik gesetzt, der Migrationsbereich aus der Nische herausgeholt worden. Wichtige Bausteine würden in der Sozial-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik von ihrer Fraktion geliefert. An diesen Leistungen komme auch die Opposition nicht vorbei. Löhrmann: „Ökologische Modernisierung, soziale Erneuerung, wirtschaftliche Reformen für neue Arbeitsplätze, Qualität und Chancengleichheit bei Bildung und Ausbildung“ — hier zeige sich die Zukunftsfähigkeit des Landes. Es müsse eine „Politik für ein Leben mit Kindern“ in NRW geben, die umfasse alle Handlungsfelder von der Bildung bis zum Umweltschutz, betonte sie und ergänzte, Zukunftsfähigkeit schließe auch frauengerechte Politik ein. Sie schloss mit einem Rückblick auf das zu Ende gehende Jahr und blickte voraus in das neue, in dem Europa zusammenwache: „Europa ist die Zukunft. Diese Zukunft wollen wir mitgestalten!“

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) argumentierte, was er an Verzerrungen und Übertreibungen gehört habe, das habe sehr wenig mit dem von einer Opposition erwarteten Gegenentwurf zur Regierungspolitik zu tun. Rüttgers und Möllemann seien als Bundesminister an vielen Bundeshaushaltsentwürfen beteiligt gewesen, die nach der Definition der Opposition verfassungswidrig waren. Die meisten der 102 CDU-Anträge zum Haushalt seien „nicht solide und valide“. Was die beklagte Ökosteuer anbetreffe, so diene diese zur Senkung der Bruttoarbeitskosten in Deutschland; die vorige Bundesregierung habe die Mineralölsteuer um 22 Milliarden insgesamt erhöht, um Löcher in ihrem desaströsen Haushalt zu stopfen. Im Übrigen: „Der Haushalt ist selbstredend verfassungskonform. Er liegt um 100 Millionen Mark unterhalb der Verfassungsgrenze.“ Die von der CDU monierte Rücklagenbildung gebe jedenfalls in diesem Punkt nichts her.

Appell zum gemeinsamen Aufbruch statt Rückfall in alte Grabenkämpfe

Die Ergebnisse einer international angelegten Untersuchung zu den Leistungen von Schülerinnen und Schülern, die so genannte PISA-Studie, standen im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde am 14. Dezember. Die Koalitionsfraktionen SPD und GRÜNE sowie die CDU hatten die Aussprache beantragt. Sie setzten dabei unterschiedliche Akzente: „Von anderen lernen – Ergebnisse der Schulleistungsuntersuchung in Deutschland“ titelten die beiden Regierungsfractionen. Die CDU forderte: „Nordrhein-westfälische Bildungskatastrophe beenden – Große Bildungsreform endlich beginnen.“

Edgar Moron, SPD-Fraktionsvorsitzender, warnte davor, bei der Debatte über die Studie in den Grabenkämpfen alter, ideologischer Parolen zu verharren. Er rief in Erinnerung, dass sich die Aussagen der Studie nicht bloß auf Nordrhein-Westfalen beziehen: „Es geht um Schule in allen Bundesländern.“ Wer jetzt in der politischen Eiszeit verharre, der trage nichts zur Lösung der Probleme bei – die über die Schule hinausgingen und in die Gesellschaft hin-

Dr. Jürgen Rüttgers, Vorsitzender der CDU-Fraktion, konstatierte, PISA sei ein Schock: „Noch nie hat die Bildungspolitik in der Bundesrepublik Deutschland und auch die Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen ein so schlechtes Zeugnis von unabhängigen Wissenschaftlern ausgestellt bekommen.“ Der Landesregierung hielt er vor, sie sei mit ihrem Latein am Ende und mit ihrer Bildungspolitik gescheitert. Auf keinen Fall könne man die Lehrerinnen und Lehrer für die Ergebnisse der Studie verantwortlich machen; sie versuchten, das Beste aus der Situation zu machen, „die geprägt ist von zu großen Klassen, von Unterrichtsausfall, von überalterten Lehrerkollegien“. Es solle endlich damit aufgehört werden, den Kindern die Zeit durch Unterricht zu stehlen, der letztlich nichts bringe. Was hier an Änderungen eingeleitet worden sei, reiche nicht aus, sondern müsse forciert werden. Mit ihrem Petersberger Modell sei die CDU des Landes schon an der Umsetzung von PISA. Rüttgers schloss mit der Feststellung: „Die Kinder in NRW sind nicht dümmer als anderswo, aber sie brauchen mehr Chancen.“

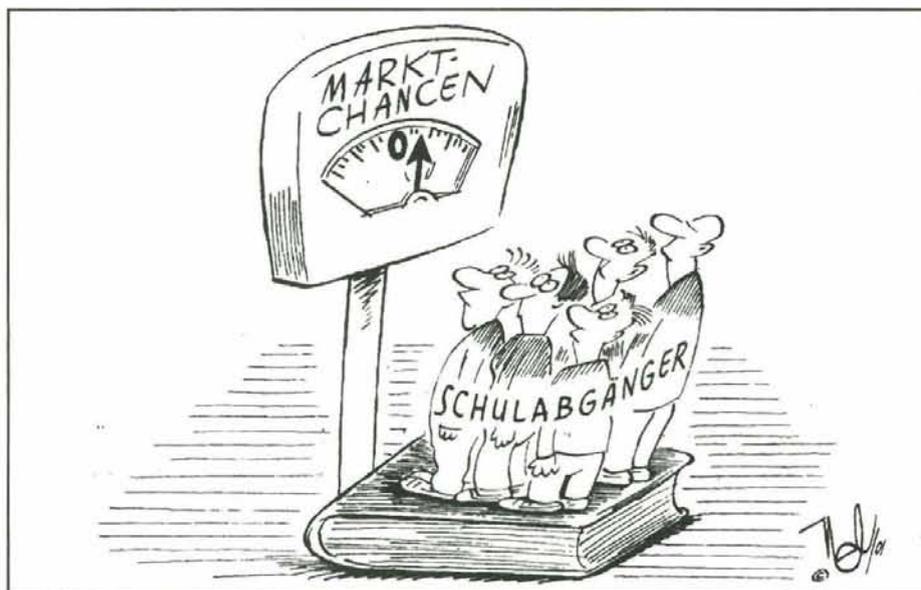
Jürgen Möllemann, FDP-Fraktionsvorsitzender, verlangte, die Schüler-Lehrer-Re-

tentem und konsequentem Handeln“ überzugehen.

Sylvia Löhrmann, Vorsitzende der GRÜNE-Fraktion, bezeichnete es als besonders alarmierend, dass die deutschen Schulen in allen Kompetenzfeldern im unteren Bereich liegen, dass man nirgendwo sonst von Chancengleichheit im Bildungswesen so weit entfernt ist wie in Deutschland und dass es hierzulande nicht ausreichend gelingt, Kindern mit Migrationshintergrund den Weg zur echten Teilhabe an der Gesellschaft über die Bildung zu öffnen. „Da gibt es nichts zu beschönigen, Deutschland braucht in Sachen Bildungspolitik Nachhilfeunterricht“, erklärte sie. Aber es seien keine Schnellschüsse angesagt, keine Rechthaberei, keine einseitigen Schuldzuweisungen: „Stattdessen geht es um richtige Weichenstellungen, Prioritätensetzung und sinnvolle Sofortmaßnahmen.“ Systematische Bildungsprozesse müssten schon im Kindergarten anfangen, Lehrer seien besser auszubilden, eine schonungslose Analyse und Reform der Unterrichtsgestaltung sei vonnöten. Das hiesige Schulsystem sei mit anderen des Auslands zu vergleichen. Es müsse mehr Ganztagsangebote geben, die Elternhäuser seien stärker einzubeziehen.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) warnte davor, die Studie vor allem zur Rechtfertigung der eigenen Position heranzuziehen und bloß alte Forderungen wieder hervorzuholen. Es gebe keine einfachen Ursache-Wirkung-Zusammenhänge, betonte die Ministerin und riet der CDU davon ab, ihr Süppchen auf den Ergebnissen einer seriösen Studie zu kochen und Ergebnisse der Studie um vermeintlicher Vorteile willen zu instrumentalisieren. Das schade der Debatte. Jetzt gehe es darum zu sehen, was von anderen Ländern zu lernen sei. Forderungen der CDU nach zentralen Prüfungen oder verschärften Leistungsanforderungen hülfe überhaupt nicht weiter. Statt in den alten Zettelkasten zu greifen, sollte der lieber in den Papierkorb geleert werden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sagte es so: „PISA ist sicher keine Munitionskiste für Schlachten von gestern.“ Dazu seien die Probleme zu ernst. Die Studie gehe alle an. PISA habe den Finger auf Wunden gelegt, „die wirklich schmerzen, die aber nach meiner Überzeugung nicht dazu taugen, schul- oder bildungspolitisch gegeneinander aufgerechnet zu werden“. Zehn Tage liege nun die Studie auf dem Tisch, er, Clement, sei noch nicht damit fertig, die Befunde alle zu verdauen. Es sei sicher auch noch zu früh für die Verabschiedung von Maßnahmenpaketen. Aber man sei bereit, von anderen zu lernen, das eigene Bildungssystem auf den Prüfstand zu stellen. Etliche der Schritte, die die Schulministerin schon eingeleitet habe, seien richtig, etwa die selbstständige Schule, die Ganztagsbetreuung, die Integrationsarbeit, die geleistet werde. Ernster werde die vorschulische Erziehung genommen werden müssen, im Migrationsbereich seien Konsequenzen zu ziehen, aber nicht die, dass die Migrationskinder für schulische Defizite verantwortlich zu machen seien. „Ich bin bereit, jeden Weg zu erörtern und jeden Weg mitzugehen, der eine Verbesserung der Situation für unsere junge Generation verspricht“, unterstrich der Ministerpräsident. Er empfehle allerdings, nicht an erster Stelle die Finanzfrage zu stellen, es gehe zunächst einmal um Konzepte. Man habe keine Zeit zu verlieren.



Leichtgewichte

Karikatur: Nel (WAZ)

einreichen. Eine solche Einstellung hindere, Verantwortung für die Jugend zu tragen. Ihn, Moron, rege besonders auf, dass hierzulande die soziale Durchlässigkeit des Bildungssystems offenbar schlechter ist als in anderen vergleichbaren Ländern: Hier müssten Verbesserungen erreicht werden. So gehe es nicht an, dass nach der vierten Klasse „die Lebensentscheidung getroffen wird. Wir müssen Systeme anbieten, die eine nachträgliche Alternative zu dieser in der vierten Klasse zu treffenden Entscheidung ermöglicht.“ Die SPD sei bereit, über die Konsequenzen aus der Studie mit jedem offen zu reden, „hier im Parlament mit den Fraktionen, mit allen Verbänden, mit den Lehrern, mit den Schulleitern, mit den Elternvertretern und auch mit den Schülervertretern“. Denn: „Wir wollen für unsere Kinder schließlich nur das Allerbeste erreichen.“

lution so zu gestalten, „dass Lehrer ihren Erziehungs- und Bildungsauftrag wirklich erfüllen können“. Es gehe kein Weg an der materiellen Verbesserung der Ausstattung der Schulen vorbei. Die Ganztagsangebote müssten ausgebaut werden – nicht nur an den Gesamtschulen. Kleinere Klassen, mehr Lehrer und mehr Ganztagschulen müssten allerdings finanziert werden. Da keine neuen Schulden gemacht und die Steuern nicht erhöht werden sollen, „müssen wir die Prioritäten neu bestimmen und die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung und auch für das Lesen-, Rechnen- und Schreibenlernen hochfahren und andere herunterfahren“. Möllemann schlug vor, das Abitur nach zwölf Jahren flächendeckend einzuführen. Wenn die Regierung über die Studie nach eigenem Bekunden „geschockt“ sei, dann entbinde es sie nicht davon, zu „klar kompe-

In zweiter Lesung alle Einzelpläne auf dem Prüfstand

Im Landtag tauschten Koalition und Opposition am 12. und 13. Dezember bei der 2. Lesung des Haushaltsentwurfs 2002 einschließlich 1. und 2. Ergänzung und des Gemeindefinanzierungsgesetzes (Drs. 13/1400, /1700, /1790 und /1402) ihre kontroversen Standpunkte zu den Ansätzen und auch zu den Einsparungen aus. Mit zahlreichen Änderungsanträgen versuchten alle vier Fraktionen noch, Korrekturen am Entwurf zu erreichen, was naturgemäß nur SPD und GRÜNEN gelang. Ohne Aussprache wurden die Einzelpläne von Landtag und Landesrechnungshof verabschiedet.

Wirtschaft/Mittelstand

Christian Weisbrich (CDU) eröffnete die Aussprache mit der Feststellung „Was in der Wirtschaft nicht erarbeitet wird, kann der Finanzminister nicht einnehmen.“ Ohne die sprudelnden Steuerquellen einer florierenden Wirtschaft gebe es keine innere Sicherheit, keine Schulen, Krankenhäuser und Straßen. Nach 35 Jahren SPD-Herrschaft sei NRW Schlusslicht bei Wirtschaftswachstum und Investitionen, aber Spitze bei Verschuldung und Arbeitslosigkeit. Vom Wirtschaftshaushalt sei nur noch ein Skelett übrig. Außer folgenlosen Hochglanzprojekten tue sich nichts.

Werner Bischoff (SPD) räumte unvermeidbare Einschnitte im Wirtschafts- und Verkehrshaushalt ein und bedauerte den Abbau von Beschäftigten, um Börsenkurse nach oben zu treiben. Es gebe aber Wachstum. Die Politik müsse wirtschaftsfreundliche Bedingungen schaffen. Neue Märkte und neue Produkte sollten Beschäftigungsimpulse auslösen. Eine neue Propylenleitung solle zu Industrieansiedlung führen. Das Land unterstütze das Chemie-Projekt mit fünf Millionen Euro. Auch das Euregionale Logistik-Zentrum Weeze sei ein guter Beitrag.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Mit gut gemeinten Modellprojekten bekomme die Landesregierung die Erwerbslosigkeit nicht in den Griff. Bei 50 Prozent des Ressortvolumens handele es sich um ein Ministerium für Steinkohle und Dauersubventionen. Auf Kosten aller Bürger würden Sonderinteressen verteidigt. Grotesker Kompetenzwirrwarr schwäche die Technologieförderung. 3,4 Millionen Mark für eine Mittelstandsoffensive flössen nur in Werbung. Die

Kürzung der Meistergründungsprämie sei ein verheerendes Signal. Clement solle die neue Stufe der Ökosteuer verhindern.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) sprach sich für weiteren ökologischen und sozialen Strukturwandel aus. Die Meistergründungsprämie werde trotz Kürzung so erhalten, dass alle Anträge befriedigt werden könnten. Die GRÜNEN stünden für eine neue Aufbruchstimmung, auch wenn die Wirtschaftsdaten zurzeit nicht gerade rosig seien. Unsozial und finanzpolitisch blödsinnig sei die FDP-Forderung, die Kohleförderung ab Januar auf Null zu setzen. Bei kleinen Unternehmen müssten die Eigenkapitalbasis verbessert und die Betriebsnachfolge müsse geregelt werden.

Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold (SPD) warf der Opposition Spreizfähigkeit zwischen Rückzug des Staates und staatlicher Konjunkturbelebung vor. Schwerpunkte seines Haushalts seien die Begleitung der Großbetriebe in der Krise, Ausgleich von Nachteilen des Mittelstands und Beschleunigung bei Wachstumsfeldern wie Logistik, Tourismus und neuen Technologien sowie neuen Werkstoffen. Bei Bio- und Gen- sowie Informationstechnologien stehe NRW an der Spitze. Netzwerke für Wachstum seien zu organisieren. Zusätzliche Beschäftigung gebe es in der Kulturwirtschaft.

Verkehrspolitik

Gerhard Wächter (CDU) bedauerte das Abschmettern von Oppositionsanträgen und warf der rot-grünen Koalition vor, die Verkehrspolitik an die Wand gefahren zu haben. Der Investitionsstau habe auf ein Volumen von 3,5 Milliarden zugenommen. Keine

Spur von Trendwende zur Schiene beim Güterverkehr. Klare Handlungsempfehlungen lägen vor. Statt in Grüß-Gott-Schilder solle der Landesbetrieb Straßenbau in Verkehrsleittechnik investieren. Auch bei der Netzöffnung für Schienengüterverkehr passiere nichts. Die Mehrbelastung durch die LKW-Maut müsse durch Reduzierung der Mineralölsteuer ausgeglichen werden. Beim Güterverkehr gehe es um 100 000 Arbeitsplätze.

Gerhard Wirth (SPD) hielt der CDU vor, mit 155 Änderungsanträgen die Haushaltsberatungen zuzupflastern und ungeeignete Deckungsbeträge vorzuschlagen. Der Verkehrshaushalt umfasse 2,3 Milliarden Euro, das sei weniger als 2001 und nicht alles Wünschenswertes. Schwerpunkte seien der Ausbau der Nahverkehrs-Infrastruktur und der Straßenbau. Die Koalitionsfraktionen wollten die Mittel für Straßenbau auf 76 Millionen Euro erhöhen. In NRW spiele sich die höchste Mobilität ab. Das Land erhalte in den letzten Jahren mehr Mittel vom Bund für Bundesstraßen.

Christof Rasche (FDP) zitierte aus Clements Regierungserklärung, ein leistungsfähiges Verkehrssystem sei der Schlüssel zu Wachstum und Beschäftigung, und beklagte stattdessen Rekordstaus auf den Autobahnen und seit Jahrzehnten fehlende Umgehungsstraßen sowie zu wenig Wettbewerb auf der Schiene. Zum Chaos sei die Verkehrspolitik durch die GRÜNEN geworden: zu wenig Geld, falsche Prioritäten und unendliche Planungsverfahren. Die Blockadepolitik sei für NRW nicht tragbar. Die Bürger seien über ausbleibende Lückenschlüsse und Ortsumgehungen bitter enttäuscht. Beim Luftverkehr distanzieren sich die GRÜNEN vom eigenen Koalitionsbeschluss. Unter ihrer Opposition in der Koalition leide das gesamte Land.

Peter Eichenseher (GRÜNE) befand die Haushaltslage für extrem kritisch, sodass Holzhammerschläge lieber zu vermeiden seien, und die Kürzungsvorschläge für vertretbar und stimmig. Die Haushalte schrammten seit Jahren sehr scharf an der Verfassungsgrenze entlang. Die Koalition habe Sicherheitsleinen bei drei Titeln eingezogen: Mit einem zinslosen Darlehen des

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt (l.), wünscht mit seinen Vizepräsidenten Edith Müller (2. v. l.), Jan Söfing (2. v. r.) und Dr. Helmut Linssen (r.) allen Leserinnen und Lesern frohe Weihnachten und alles Gute zum neuen Jahr.
Foto: Schälte





Kurz bevor sie die weite Reise nach China antrat, war die Metrorapid-Ausstellung ein paar Tage im Landtag zu sehen. Die Exponate verschafften einen informativen Eindruck von der aufwändigen Technik, die den „Flug auf Höhe Null“ ermöglicht. Vorn im Bild der Vorsitzende des Unterausschusses Metrorapid, Gerd Wirth (SPD, l.), zusammen mit Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD).
Foto: Schälte

Bundes wäre das Metrorapid-Projekt tot, durch den Sperrvermerk solle ein sicheres Finanzierungskonzept erreicht werden. Beim Ausbau von Landeplätzen sollten die Nutzer den Großteil der Investitionen tragen, der Minister mache hier wieder ein Fass ohne Boden auf. Die Risiken der Landesbürgerschaft für LTU müssten auf alle verteilt werden.

Verkehrsminister Ernst Schwanhold (SPD) dankte dem Bund für erhebliche zusätzliche Bundesmittel in unterschiedlichen Programmen mit einem zusätzlichen Investitionsvolumen von mehreren Milliarden Mark für NRW. An Staupunkten werde es zu Entlastungen kommen. Baumaßnahmen würden vorgezogen. 150 Millionen Mark für Landesstraßen seien realistisch. NRW habe eine exzellente Verkehrsinfrastruktur. Der Metrorapid sei keine Insellösung, sondern solle sieben bis zehn Millionen Fahrzeuge pro Jahr von der Autobahn holen. Regionalisierungsmittel dafür würden nicht vom Schienennahverkehr abgezogen. Landeplätze seien für die regionale Wirtschaft wichtig. Über Betreibermodelle für derzeit nicht finanzierbare Verkehrsprojekte solle nachgedacht werden.

Arbeit und Soziales

Hermann-Josef Arentz (CDU) bezeichnete die Arbeitsmarktentwicklung der letzten Monate als ein „einziges Alarmsignal“. Mit 8,8 Prozent liege die Arbeitslosigkeit in NRW um ein Viertel höher als im Durchschnitt aller anderen alten Bundesländer. Es sei zutiefst empörend, bei der Stiftung Wohlfahrtspflege die Mittel zu halbieren. Bei der Einrichtung der Alten- und Pflegeheime habe man es mit einer dramatischen Unterfinanzierung zu tun. Die „ausgebluteten“ kommunalen Haushalte könnten nicht den Ausfallbürgen für das Land spielen.

Horst Vöge (SPD) betonte, die Arbeits-

marktlage sei schwierig. Mit großem Erfolg seien erhebliche Mittel in eine aktive Arbeitsmarktpolitik geflossen und würden auch weiterhin fließen. Der Haushaltsansatz im Haushalt 2002 ermögliche es, die erfolgreiche Behindertenpolitik in NRW fortzusetzen. „Behindertenpolitik wird für die SPD-Fraktion auch im Jahre 2002 einen hohen Stellenwert haben.“ Die hohe soziale Verantwortung, „die wir in Nordrhein-Westfalen haben, wird durch diesen Haushalt bestätigt“.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) machte deutlich, zunehmend treffe die Arbeitslosigkeit auch junge, gut ausgebildete Facharbeiter und Handwerker. Gleichzeitig klagten die Betriebe über Mangel an Fachkräften. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt in NRW sei dramatisch. Die Regulierungsdichte der Arbeitsgesetze setze jede Eigeninitiative lahm. Man werde den Arbeitsmarkt erst wieder flott bekommen, wenn man die Regulierungsdichte lichte. Die Halbierung der Mittel für die Stiftung Wohlfahrtspflege sei „wirklich dreist“.

Barbara Steffens (GRÜNE) machte klar, niemand könne mit der Situation am Arbeitsmarkt zufrieden sein. Es sei endlich an der Zeit, sich auch über Fraktionsgrenzen hinweg Gedanken darüber zu machen, wie man dem Problem der Massenerwerbslosigkeit konstruktiv begegnen könne. Auch die Rednerin hätte bei der Stiftung Wohlfahrtspflege gerne mehr Geld zur Verfügung.

Sozialminister Harald Schartau (SPD) betonte, auch in einer schwierigen Haushalts-situation sei die Landesregierung in der Lage, im Bereich der Arbeitsmarktpolitik und der Sozialpolitik in NRW deutliche Akzente zu setzen. Auch in der Sozialpolitik sei ein schwieriger Haushalt zu fahren. Der Vorwurf, dass die Landesregierung für die älteren Menschen und für die Pflegebedürftigen nichts tue, sei infam.

Migration

Willi Zylajew (CDU) betonte, Partner zu finden bei der Integration sei am wichtigsten. Aber ohne „Moos“ sei nichts los. Umgangssprache im Kindergarten, Projekte in Sport, Kultur, Soziales, Ausbildung von islamischen Religionslehrern müssten gefördert werden. Mittel sollten umgeschichtet wer-

den. Die geringen Ansätze reichten nicht aus. Die Integrationsförderung müsse ab 2002 neu ausgerichtet werden.

Vera Dedanwala (SPD) erinnerte daran, das Überrollen der Ansätze sei vom Ausschuss gemeinsam gebilligt worden. Völlig überraschend kämen jetzt Kürzungsanträge der Opposition. Diese sollten zugunsten der gemeinsamen Entschließung zurückgenommen werden.

Dr. Ute Dreckmann (FDP) hielt den Ansatz von 11,3 Millionen Euro für die Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer für zu gering. Die Sprachdefizite müssten im vierten Lebensjahr erkannt und vorschulisch gefördert werden. Es dürfe keine Kluft zwischen Migranten und der Bevölkerung entstehen.

Jamal Karsli (GRÜNE) äußerte sich erfreut über Haushaltsmittel für die Sprachförderung und für einen Integrationsbeauftragten, den alle Fraktionen unterstützten. Unverantwortlich sei es, Migrantenkinder für das schlechte Abschneiden bei der PISA-Studie zu nennen. Nichtintegration koste viel, und Ressourcen dürfe man nicht verkommen lassen.

Minister Harald Schartau (SPD) erwähnte 3,4 Millionen Euro für Sozialberatung ausländischer Mitbürger im Haushaltsplan, womit 240 Stellen gefördert würden, und 27 Regionale Arbeitsstellen für Kinder aus Zuwandererfamilien. Andere Länder beneideten NRW um dieses Netzwerk. Beim Spracherwerb gelte Fördern und Fordern. Integration sei keine Einbahnstraße.

Technologie/Weiterbildung

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) verlangte Technologiepolitik aus einem Guss und beklagte Chaos durch Zuordnungswirrwarr in drei Ressorts. Er zitierte eine Studie: Das komplizierte Fördersystem verhindere die Unterstützung vorhandener Potentiale.

Helga Gießelmann (SPD) sah bei der Qualifizierung ein ausreichendes Lehrstellenangebot als Hauptziel. Für benachteiligte Jugendliche und Frauen sowie für innovative Projekte für Migrantinnen gebe es Fördermittel. Von Technologieverbänden sollten mehr Betriebe und mehr Beschäftigte profitieren.

Ralf Witzel (FDP) hielt intelligente Konzepte für aktuelle Weiterbildung für nötig und forderte einen Innovationsfonds und ein ganzheitliches Weiterbildungs-Controlling. Die Träger sollten den Erfolg ihrer Maßnahmen nachweisen.

Barbara Steffens (GRÜNE) warb für mehr Frauen in technischen Berufen und begrüßte das „Überrollen“ des Bereichs. Für Computer-Weiterbildung müsse es neue Formen geben. Menschen unqualifiziert in Niedriglohnbereiche abzudrücken, sei nicht verträglich.

Arbeitsminister Harald Schartau (SPD) setzte auf Vernetzung, Multiplikatoreffekte und auf neue Technologieverbände, die branchenübergreifend Vorbildfunktion haben sollten. Die betriebliche Ausbildung habe Priorität. Für nicht berufsreife Jugendliche müsse es Lehrgänge in außerbetrieblichen Stätten geben.

Schule

Bernhard Recker (CDU) kritisierte, es werde zu wenig Geld in die Sprachförderung der Migrantenkinder und in den Bereich der Grund- und Hauptschulen investiert. Zurückgehende Schülerzahlen würden bloß als Einsparpotential begriffen. Da bleibe nichts für notwendige, zusätzliche, differenzierte Förderung, etwa durch qualitativ hochwertige Ganztagsangebote. Die CDU dagegen wolle im kommenden Jahr 4000 – seriös finanzierte – zusätzliche Stellen schaffen.

Manfred Degen (SPD) warnte vor dem Glauben, mehr Lehrer garantierten automatisch besseren Unterricht. Der Bildungshaushalt steige um 3,6 Prozent – bei Kürzungen in anderen Ressorts. Im Rahmen des Stufenplans verlässliche Schule würden 6100 zusätzliche Stellen bis 2005 geschaffen. Im kommenden Jahr gebe es 601 zusätzliche Lehrerstellen. Von Streichungen könne da keine Rede sein. 11,5 Milliarden Euro für den Bildungsetat zeigten, wo die Koalition ihre Schwerpunkte setze.

Ralf Witzel (FDP) nannte als schulische Schwachpunkte, über die seine Fraktion zu reden habe: Schüler/Lehrer-Relationen, überalterte Lehrerkollegien, fachfremde Unterrichtserteilung, Klassengrößen. Gesprochen werden müsse auch über Maßnahmen zur Motivationssteigerung in den Kollegien. Die 6100 neuen Stellen in den nächsten Jahren würden zum Teil für mehr Schüler und für neue Aufgaben benötigt, die die Schule bisher nicht gehabt habe. Statt „Schaufensterpolitik“ solle die Landesregierung mehr „Ehrlichkeit“ an den Tag legen.

Sylvia Löhrmann, GRÜNEN-Fraktionsvorsitzende, wandte ein, bei der Debatte um die Verbesserung von Unterricht sollte nicht in alte Diskussionsmuster zurückgefallen werden, einseitige Schuldzuweisungen sollten ebenso vermieden werden wie Schwarzweißmalerei. Notwendig sei ein „gesamtgesellschaftliches Auseinandersetzen mit Bildungsprozessen“. Auch sie verwies darauf, dass der Schulhaushalt der einzige Einzeletat sei, der signifikant steige.

Schulministerin Gabriele Behler (SPD) betonte, mit 23,5 Prozent der Ausgaben für den Schulbereich liege NRW weit über dem Länderdurchschnitt. Das sei eine beträchtliche Leistung, die anerkannt werden sollte. Die Landesregierung halte Wort, Bildung habe Vorrang. Das sei seit 1995 die Devise, sie erfordere in anderen Politikbereichen Verständnis und Solidarität – sie, Behler, bedanke sich dafür bei den betroffenen Ressorts.

Wissenschaft und Forschung

Manfred Kuhmichel (CDU) hielt es angesichts solcher „Selbstbeweihräucherungen der Ministerin“ nicht für wahrscheinlich, dass Behler die massive Kritik am „erheblich unterfinanzierten Hochschulwesen und am immensen Reformstau“ im Land zur Kenntnis nehmen könnte. Unter Hinweis auf Zustände im Bereich der Kunsthochschulen, der Bioforschung, der Fachhochschulen und des Wirkens des Bau- und Liegenschaftsbetriebs im Hochschulsektor fand er,

die Landesregierung habe „keinen Grund zum Schulterklopfen angesichts der real existierenden Hochschulpolitik in NRW“.

Dietrich Kessel (SPD) nannte wesentliche Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen zum Wissenschaftshaushalt, darunter auch Mittel zur Frauenförderung an den Hochschulen. Nichts hielt er davon, wie CDU und FDP dies beantragten, die ZVS abzuschaffen und die Mittel den Hochschulen gut zu schreiben: Diese Einrichtung existiere auf Grund von Staatsverträgen mit Kündigungsfristen; außerdem sei die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu beachten.

Joachim Schultz-Tornau (FDP) unterstrich das Anliegen der beiden Kernanträge seiner Fraktion: massive Aufstockung des Personalbestandes und deutliche Aufstockung im Bereich der baulichen und der gerätemäßigen Ausstattung und Unterhaltung der Hochschulen. In NRW könne man zwar stolz auf die dichteste Hochschullandschaft sein, darum sollte man aber nicht die Kehrseite der Medaille ausblenden.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) zählte die Ziele grüner Bildungspolitik auf: Gerechter Zugang zu den Bildungseinrichtungen, zukunftsfähige Gestaltung und internationale Ausrichtung des Bildungssystems sowie Chancengleichheit von Männern und Frauen. 4,6 Milliarden Euro für den Wissenschaftshaushalt seien 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr; das spreche zusammen mit den erreichten strukturellen Reformen eine deutliche Sprache. Autonomie der Hochschulen sei nicht als Privatisierung von Bildungseinrichtungen zu verstehen, warnte sie zum Schluss.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) wies Kritik am Qualitätspakt zurück, er habe sich als strategisch richtig erwiesen. Es sei breit akzeptiert worden, was zum Nutzen der Hochschulen 1999 auf den Weg gebracht worden sei. Derzeit befinde man sich in der Phase der Zielvereinbarungen.

Beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb warnte sie vor pauschalen Vorwürfen; berechtigte Mängel würden abgestellt. Die angestrebte Verbesserung des Systems müsse in politischer und staatlicher Verantwortung gesteuert werden.

Ministerpräsident und Staatskanzlei

Werner Jostmeier (CDU) sah im Etat des Ministerpräsidenten die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit besonders weit auseinander klaffen. Einerseits sollten die Kinderrechte in der Verfassung verankert werden, andererseits würden die Mittel zur Förderung der kommunalen Kinder- und Jugendarbeit gekürzt. Der Neubau der Landesvertretung in Berlin werde gegen alle Beteuerungen viel teurer als geplant. Geld für das Bündnis gegen Rechts sei zwar da, dafür müsse aber die Sportförderung mit weniger auskommen. Man lehne den Haushalt ab.

Dorothee Danner (SPD) signalisierte Zustimmung zum Etat: Die vorgesehenen Haushaltsansätze sehe die Koalition für auskömmlich, aber auch für notwendig. Sie böten dem Ministerpräsidenten auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel eine vernünftige Basis für seine Arbeit.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) kritisierte ebenfalls die Teuerungsrate bei der Landesvertretung in Berlin; hier sei mit allen haushaltstechnischen Tricks gearbeitet worden. Wenn sie lese, dass die Landesregierung eine neue Vertretung in Brüssel plane, dann könne sie dem Steuerzahler nur „Viel Vergnügen“ wünschen. In Zeiten knapper Kassen müsse überlegt werden, was an Repräsentation und Öffentlichkeitsarbeit gebraucht werde und was vertretbar sei.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) machte darauf aufmerksam, die Koalition habe die beabsichtigten Mittelkürzungen beim Landesjugendplan zurückgenommen. Das Bündnis



Ein ökumenischer Gottesdienst, geleitet von Prälat Dr. Karl-Heinz Vogt vom Katholischen Büro und von Pastor Friedrich Schophaus, dem Direktor der von Bodelschwingschen Anstalten Bethel, fand vor Beginn der Plenarsitzung am 13. Dezember 2001 in der Eingangshalle des Landtags statt. Die Predigt hielt Kirchenrat Karl-Wolfgang Brandt, Beauftragter der evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung. Die musikalische Begleitung oblag der Posaunenmission Bielefeld. Foto: Schälte

für Toleranz und Zivilcourage sei im Landtag gemeinsam gegründet worden. In der Medienpolitik lege ihre Fraktion großen Wert auf die breite Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen in der digitalen Wissensgesellschaft. Eine Spaltung müsse verhindert werden.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) wies „kleinkarierte“ Kritik an seinem Etat zurück. Der Bau der Landesvertretung werde zwar teurer, aber nichts sei unter der Hand geschehen. Man sei von einer Entwicklung des Baumarktes überrascht worden, die von Fachleuten als unvorhersehbar eingestuft werde.

Lothar Hegemann (CDU) ließ sich zur Medienpolitik ein. Da habe die Landesregierung hehre Ziele, aber in der Praxis kürze sie die Mittel für die Medien GmbH schon bevor diese angefangen habe zu arbeiten, um eine Million Euro. So etwas gehe als Signal an die Medienschaffenden im Lande.

Marc Jan Eumann (SPD) ergänzte zur NRW Medien GmbH, es sei Ziel dieser wie anderer Einrichtungen, auch Projektmittel am Markt einzuwerben. Das werde sicherlich so erfolgreich geschehen, dass diese GmbH zu einem erfolgreichen Instrument für eine moderne Medienpolitik wird, das Serviceleistungen in NRW „bündelt und anbietet“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) zeigte sich ebenfalls vom Erfolg der Medien GmbH überzeugt. Sie werde zeigen, dass ihre Arbeit vernünftig sei und auf diese Weise effektiver zu bewerkstelligen sei, „als dies im administrativen Bereich ansonsten möglich ist“.

Dr. Stefan Grüll (FDP) meinte, für die reine Koordinationsfunktion brauche man die GmbH nicht. Hier müssten die Ministerien die Mittel für diese Aufgabe an die GmbH überführen: „Hier müssen die Mittel gebündelt werden, damit sie adressatengerecht, zielgenauer, effizienter eingesetzt werden.“

Europaangelegenheiten

Werner Jostmeier (CDU) erläuterte den CDU-Antrag, die Mittelkürzung bei konkreten Projekten im Ausland um die Hälfte

zurückzunehmen. Sonst könne man etwa nicht mehr kleine Krankenhäuser, Betriebe oder Versuchsgüter fördern, was in der Vergangenheit sich als sehr hilfreich für die betroffenen Staaten erwiesen habe.

Gabriele Sikora (SPD) verteidigte die Kürzung im Kapitel Europa und internationale Angelegenheiten als einvernehmlich erfolgt und angesichts der Haushaltslage notwendig. Die europapolitischen Ansätze seien im Wesentlichen verstetigt worden. Sie erwähnte, dass die Zuschüsse für Projekte im Ausland zwar zurückgenommen werden, gleichzeitig sei aber eine neue Position veranschlagt worden als Beitrag des Landes zum Zentrum für Internationale Zusammenarbeit. Außerdem würden die Beziehungen zu den Beitrittskandidaten der EU gepflegt.

Dietmar Brockes (FDP) monierte, dass sich seit langem bei der versprochenen Standortagentur des Landes in Brüssel nichts tue. Der Haushalt spreche eine ganz andere Sprache als der Ministerpräsident, der Nordrhein-Westfalen gern als „starkes Stück in Europa“ propagiere. So herrsche der Eindruck, „der Landesregierung liegt Europa leider nur in ihren Sonntagsreden am Herzen“.

Ute Koczy (GRÜNE) erläuterte, die Koalitionsfraktionen hätten angesichts der dramatischen Haushaltslage keine Anträge auf Veränderung des Etats eingebracht. Das Besondere aber sei, „dass sich die Bedeutung, insbesondere der europäischen Themen, nicht an der Höhe des Einzelplans ablesen lässt“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) erklärte sich zu der geforderten Regierungserklärung zur Frage der Entwicklung des Föderalismus in Deutschland und in Europa bekannt: Man werde sehen, wann der Zeitpunkt Sinn mache. Wegen des Versuchs der Public-private-partnership bei der Standortagentur sei deren Einrichtung nicht so leicht, wie es sich anhöre, erklärte der Regierungschef und sagte, die Agentur solle 2003 realisiert werden, zusätzliches öffentliches Geld dafür gebe es nicht. Die Kürzung der internationalen Mittel bedauere auch er grundsätzlich; in besseren Zeiten werde sich vielleicht auch wieder etwas ändern. Im Übrigen bedankte sich Clement für das Interesse der Abgeordneten an diesem Themenbereich.

Landwirtschaft ...

Eckhard Uhlenberg (CDU) war der Überzeugung, angesichts der „Schikanen“ gegen die Landwirtschaft aus dem Hause Hohn — hier nannte der Abgeordnete eine Liste dessen, was er darunter verstand — müsse der Ministerpräsident des drittgrößten Agrarlandes „nun endlich sein Desinteresse an der Landwirtschaft beenden“. Auch wenn es noch so schwer falle, sei der Regierungschef per Amtseid auch dem ländlichen Raum gegenüber verpflichtet. Die Politik im Bereich Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Naturschutz müsse geändert werden, die CDU lehne den Etat ab.

Irmgard Schmid (SPD) betonte die Übereinstimmung in der Agrar- und Verbraucherschutzpolitik. Man sei sich einig über den Anspruch auf gesunde und unbelastete Lebensmittel, es seien die BSE-Risikomaterialien aus der Nahrungskette verbannt worden, staatliche Kontrollen und Zertifizierung stelle sicher, dass Nahrungsmittel ohne Gesundheitsgefährdung verzehrt werden könnten. Es sei aber so, dass im Agrarhaushalt nicht alle Wünsche erfüllt werden könnten. Dennoch sei es möglich, die unabhängige Verbraucherberatung mit zusätzlichen Millionen auszustatten, „damit Verbraucheraufklärung gestärkt wird“.

Felix Becker (FDP) begann mit dem Höhnwort von der „grünen Achse Berlin—Düsseldorf“: Im Etat der Landwirtschaftsministerin werde diese grüne Achse als Brechstange offenkundig, mit der diffuse Verbraucherängste geschürt und viele Bauern in die Existenzkrise getrieben würden. Damit werde die Landwirtschaft als tragende Säule des ländlichen Raumes gefährdet und der Strukturwandel beschleunigt, befand Becker. Der Verbraucherschutz werde gestärkt, obwohl die Lebensmittel keineswegs so schlecht seien, wie den Leuten einzureden versucht werde. Die FDP werde eine Landwirtschaftspolitik nach dem Motto

Europa — ein Kapitel für sich: Über diesen Etat und seine Veränderungen tauschten sich aus (v.l.) Werner Jostmeier (CDU), Gabriele Sikora (SPD), Dietmar Brockes (FDP) und Ute Koczy (GRÜNE). Fotos: Schälte



„NRW-Naturidylle — viel mehr Mist und keine Gülle“ nicht mittragen und lehne den Etat ab.

Reiner Priggen (GRÜNE) stellte richtig: Entgegen der von der CDU geschilderten katastrophalen Situation der Landwirtschaft sei die ökonomische Lage der Betriebe besser als die Opposition an Stimmung verbreite. Man müsse akzeptieren, dass in den Verbraucherinnen und Verbrauchern, die nicht mehr bereit seien, bestimmte Praktiken zu akzeptieren und mit bestimmten Täuschungen hinteres Licht geführt zu werden“, eine neue Kraft entstanden sei, die die Gesamtdiskussion um die Landwirtschaft nach vorne treibe. Da helfe nicht die alte, nach rückwärts gewandte Politik der Opposition.

Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) korrigierte die Darstellungen der Opposition. Die Landwirte im Lande fragten die Programme der Landesregierung lebhaft nach. Der Vertragsnaturschutz habe seit 1995 seine Flächen verfünffacht. Die Zahl der Biogasanlagen habe sich verdoppelt. Im Ökolandbau sei eine Steigerung um 50 Prozent zu melden. Nach Bayern befände sich NRW in der Regionalvermarktung an zweiter Stelle. Mit der Holzabsatzrichtlinie und der Förderung der Holzwirtschaft werde gezielt den Waldbauern und der mittelständischen Industrie geholfen. Man habe für mehr Transparenz das Verbraucherschutzgesetz auf den Weg gebracht. Die Betriebsergebnisse in der Landwirtschaft seien „spitze“.

Umwelt

Clemens Pick (CDU) fand: „Wenn einer stolz auf die Umweltpolitik sein kann, dann sind es unsere Bürgerinnen und Bürger und die Betriebe.“ Die Landesregierung setze im Umweltsektor bloß EU- und Bundesrecht um — mit Verschärfungen, wie Pick betonte, die dann die Bürger und Unternehmen über Gebühren zu finanzieren hätten. Umgesetzt würden die Gesetze und Bestimmungen auf kommunaler Ebene, wo die Vergaben des Landes manchmal vernünftige Maßnahmen nicht zur Durchführung gelangen ließen. Auf der anderen Seite kürze das Land seine Förderung, etwa dadurch, dass Abwassermaßnahmen ins Gemeindefinanzierungsgesetz verwiesen würden. So schwinde die Akzeptanz des Umweltschutzes in der Bevölkerung. Durch die von der Landesregierung veranlassten Maßnahmen würden Bürger und Verbraucher „regelrecht abgezockt“.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) erwähnte große Erfolge der nordrhein-westfälischen Umweltpolitik. Hier habe man die vorbildlichste Entsorgungsstruktur geschaffen. Die Weiterentwicklung der TA Siedlungsabfall trage sozialdemokratische Handschrift. Der Abfallentsorgungs- und Altlastensanierungsverband sei gerettet worden. Das Land habe die EU-Wasserrichtlinie in großer Übereinstimmung umgesetzt. Beim produktionsintegrierten Umweltschutz seien hohe Erfolge erzielt worden. Inzwischen sei Umweltschutz mehr als seine technische Umsetzung, er werde zunehmend in größeren Zusammenhängen gesehen.

Holger Ellerbrock (FDP) erteilte nordrhein-westfälischen Sonderwegen im Umweltschutz eine Abfuhr: Das stelle die Wettbe-



Ein Adventsbasar begleitete die Ausstellung „menschlich.Bethel“, die in der Eingangshalle des Landtags aufgebaut war. Auf Stellwänden und Tafeln wurden die Arbeitsschwerpunkte der v. Bodelschwingschen Anstalten gezeigt, die mit mehr als 11 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Region Ostwestfalen und im gesamten Bundesgebiet als Europas größte diakonische Einrichtung zum Wohl ihrer Bewohner sowie ihrer Patientinnen und Patienten in den Bereichen von der Altenhilfe bis zur Psychiatrie wirkt. Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Eröffnung: „Bethel ist das hoffnungsvolle Zeichen für eine humane Welt, die sich in vielem heute so inhuman darstellt.“ Schmidt weiter: „Wie unsere Gesellschaft mit behinderten, kranken, alten und obdachlosen Menschen umgeht, sagt viel über das mitmenschliche Klima aus, in dem wir leben.“
Foto: Schälte

werbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes NRW in Frage. Diese Standortnachteile seien die Standortvorteile für andere Länder; deshalb müsse man in der Umweltpolitik „zusammenhalten“ und sich nicht auseinander dividieren lassen. Für ihn sei es unverstänlich, dass man sich in Deutschland immer noch einen „extrem föderal orientierten“ Umweltschutz leiste.

Johannes Rimmel (GRÜNE) machte der CDU den Vorwurf, sie habe in der Umweltpolitik keinerlei programmatische Erneuerung zu bieten und pflege eine Perspektive, „die sich allein aus kommunaler Befindlichkeit speist“. Für eine konsistente Umweltpolitik brauche es mehr, nämlich den Gedanken der Nachhaltigkeit und der ökologischen Zusammenhänge. Die Abwasserabgabe als einzige ökologische Abgabe sei überaus erfolgreich: Sie löse Investitionen aus und schaffe Arbeitsplätze.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte bei der Abwasserabgabe daran, dass sie eine Bundesabgabe ist. Sie existiere schon seit langem und werde nicht dazu genutzt, „um Spielwiesen zu finanzieren“ — es seien auch CDU-Abgeordnete, die um Förderung von Projekten aus dieser Abgabe bäten. Was es im Lande noch zu leisten gebe, liege im Bereich des Hochwasserschutzes und der Sanierung von Altlasten. Von der Opposition habe sie kaum etwas zum vorsorgenden Umweltschutz gehört; das sei schade, denn gerade hier entstünden neue Arbeitsplätze. Sicher könnten die Bürger des Landes stolz sein auf die Fortschritte im Umweltschutz — „aber ein kleines Stück hat auch die Umweltministerin das Recht, stolz zu sein“, fügte sie hinzu.

Eine-Welt-Politik

Ilka Keller (CDU) verlangte, Entwicklungshilfe müsse einfach, nachvollziehbar und transparent organisiert werden — nicht mit Hilfe des übergroßen Promotorenmodells in NRW. Das sei nicht effizient. Entwicklungshilfe sei ein Stiefkind, habe keine Lobby. Das sei traurig, denn sie habe eine wichtige Er-

gänzung zur Europapolitik zu sein. Keller: „Eine-Welt-Politik ist für uns keine Benefizgala, sondern sie liegt in unserem ureigenen Interesse.“ Sie solle nicht nach dem Gießkannenprinzip stattfinden.

Karin Jung (SPD) fand, die Welt sei zwar nicht in Ordnung, „aber unsere Eine-Welt-Politik“. Man habe diesmal im Haushalt keine Verluste hinnehmen müssen. Ministerin Höhn habe es offenbar verstanden, sie „an den üblichen Sparritualen vorbeizubringen“.

Marianne Thomann-Stahl (FDP) sah es als unlogisch an, die für ihre Partei zusammenhängenden Bereiche Europa- und Eine-Welt-Politik auf verschiedene Ressorts (Staatskanzlei und Umweltministerium) zu verteilen. Eine solche Arbeitsteilung sei „absurd und ineffizient“. Auch sie wandte sich gegen eine Aufblähung des „Promotorenmodells“ durch die flächendeckende Einstellung von örtlichen Promotoren: Das sei nichts als eine Verstaatlichung bisher ehrenamtlichen Engagements.

Ute Kocz (GRÜNE) wies die Vorhalte der Opposition zurück. Eine-Welt-Politik bedeute, „dass wir unser Verhalten und Denken auf die internationalen Konsequenzen hin überprüfen müssen“. Dazu müsse die Arbeit hier gemacht werden. Auf lokaler Ebene werde wichtige Arbeit geleistet. Die PromotorInnen würden hervorragend angenommen, sie erstickten in Arbeit — „das wollen Sie einfach abschlichten, als ob das nichts wäre“.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) zeigte sich stolz darauf, dass man es in den letzten beiden Haushalten geschafft habe, leichte Erhöhungen der Mittel im Eine-Welt-Bereich zu erreichen und ein Zeichen zu setzen. Ihr Versprechen: „Sie werden aus dem Bereich Eine-Welt in Zukunft noch eine Menge hören.“

Gemeindefinanzierung

Franz-Josef Britz (CDU) sah die Gemeinden in einer bisher nicht gekannten Finanzkrise. Bei diesem Einnahmerückgang

sei die Erhöhung der Gewerbesteuerumlage kontraproduktiv. Den Gemeinden nicht mehr zuzumuten sei auch die Befrachtung durch Flüchtlingskosten. Bei enormem Investitionsstau lasse das Land sie im Stich. Für 2002 sei mit 200 Gemeinden im Haushaltssicherungskonzept zu rechnen, die Ausnahme werde zur Regel.

Ralf Jäger (SPD) erwiderte, die Situation sei höchst unterschiedlich. Einen Verbundsatz von 23 Prozent gebe es nur noch in einem weiteren Land. Und fast nur noch freie Zuweisungen seien Garantie für kommunale Entscheidungsfreiheit. Der strikte Sparkurs der Kommunen verdiene Respekt. 2002 erhielten die Gemeinden 88 Millionen Euro mehr. Die Schulpauschale werde auf 500 Millionen erhöht. Die CDU-Anträge seien konfus. Die gesamte Opposition wolle nur ein Volumen von einem Prozent ändern.

Dr. Ingo Wolf (FDP) warf dem Land Tricksen und Minderung der Gemeindefinanzen um eine Milliarde Mark vor und schlug einen Neueinstellungsstopp außerhalb von Schule, Polizei und Strafvollzug vor. Rot-Grün mache es sich im Reformstau gemütlich. Geld aus Fördertöpfen werde zusammengekratzt und als frisches Geld verkauft. Die FDP fordere zusätzliche 500 Millionen Mark für den Schulbau, die Abschaffung der Gewerbesteuer und eigene Einnahmen der Kommunen.

Ewald Groth (GRÜNE) hielt die Beteiligung der Kommunen an der Krankenhausfinanzierung und den höheren Anteil beim Unterhaltsvorschuss für nicht leicht. Aber die neue Investitionszuschüsse sei „gut gekratzt“. Für Betroffene bei Schülerfahrtkosten sei eine bessere Lösung gefunden worden. Bei Gesetzen mache ungeheure Detailschärfe keinen Sinn mehr, wenn ökologisches oder soziales Handeln nicht mehr erkennbar sei.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) erinnerte daran, dass alle Parteien die Steuerreform gewollt hätten, deren Folgen jetzt die Gemeinden trafen. Mit dem jährlichen GFG könne man die Probleme nicht lösen. Über den Arbeitsbeginn der Kommission zur Reform im Januar sei er glücklich. „Wir werden das anpacken“, sagte er auch zu Entlastungen auf Landes- und Kommunalebene. Keiner habe Patentrezepte. Schwierige Entscheidungen könne den Kommunen keiner abnehmen.

Manfred Palmen (CDU) verwahrte sich gegen Vorwürfe des SPD-Redners, errechnete ein Nullsummenspiel bei Pauschalen und verteidigte die CDU-Anträge mit einem Umfang von 143 Millionen Euro.

Dr. Axel Horstmann (SPD) bezeichnete die Zuweisungen des Landes als den stabilsten Faktor in den kommunalen Haushalten.

Dr. Ingo Wolf (FDP) meinte, die 23 Prozent Verbundsatz seien netto weniger, und Schulbaufinanzierung sei kein Landesgeld.

Ewald Groth (GRÜNE) warf dem CDU-Redner Geisterdebatten vor und versprach sich Ordnung durch die Gemeindefinanzreform auf Bund-Länder-Ebene.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) hielt nicht die Abschaffung der Gewerbesteuer, sondern eine Revitalisierung für zwingend. Im Vermittlungsausschuss sei soeben eine echte Verbesserung für den Mittelstand erreicht worden.

Frauen

Angelika Gemkow (CDU) fragte die Landesregierung, was sie eigentlich für arbeitslose Frauen tue. Man brauche flexible Arbeitszeitmodelle für Frauen und Männer. Die CDU unterstütze die Förderung neuer Arbeitsformen und wolle mehr Frauen in Führungspositionen. „In all diesen Bereichen treten wir in NRW allerdings auf der Stelle.“ NRW gehöre zu den Bundesländern mit der niedrigsten Erwerbsquote von Frauen. Es gebe zu wenig Hortplätze, es fehlten Ganztagsangebote in allen Schulformen. Frauenpolitik sei auch Familienpolitik.

Renate Drewke (SPD) meinte, insbesondere die Bereiche, in denen ein „deutliches Beschäftigungswachstum“ erkennbar sei, müssten auch für Frauen nutzbar gemacht werden. Durch Maßnahmen zur Berufsqualifizierung werde auch im nächsten Jahr auf Mädchen und junge Frauen eingewirkt, berufliche Chancen zu ergreifen und für sich zu nutzen. Man sei mit diesen Initiativen auf „gutem Wege“ und könne auf Erfolge verweisen, auch was den Bereich der Existenzgründerinnen anbelange.

Brigitte Capune-Kitka (FDP) führte aus, es würden „haufenweise“ Briefe an Fraktionen

und Abgeordnete geschrieben und um Hilfe gebeten, die Beratungsstelle oder die geschützte Wohnung nicht zu verlieren und das Programm weiterführen zu können. Jedes Jahr bangen die Einrichtungen um ihr Geld. Sie wünsche sich für die Zukunft, dass man darüber nachdenke, wie man vorhandene Projekte überarbeiten und konsolidieren könne.

Marianne Hürten (GRÜNE) machte deutlich, die GRÜNE-Landtagsfraktion habe festgestellt, dass die vorgesehenen Haushaltskürzungen im Frauenbereich nicht akzeptiert werden könnten. Es sei den GRÜNEN Haushaltspolitikerinnen gelungen, die geplanten Kürzungen zurückzuweisen und insbesondere im Zusammenhang mit dem Landesaktionsplan „Häusliche Gewalt“ zusätzliche Mittel einzustellen. Dies sei angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen ein „ganz hervorragendes Ergebnis“.

Frauenministerin Birgit Fischer (SPD) erklärte, die Vorreiterrolle von NRW im Kampf gegen Gewalt gegen Frauen wolle man auch mit diesem Haushalt stärken und unterstützen. Durch die effektive Zusammenarbeit von Polizei, Justiz, Fraueninfrastruktur und Jugend- und Gesundheitsämtern könne man die Situation der Opfer verbessern. Fachübergreifende Kooperationen seien der geeignete Ansatz zur Weiterentwicklung der Angebote im Gewaltbereich.

Jugend und Familie

Thomas Mahlberg (CDU) meinte, die Landesregierung wolle mit dem Haushaltsentwurf notwendige Leistungen für Kinder, Jugendliche und Familien streichen und wälze die alleinige Verantwortung auf die Kommunen ab, die durch eine „jahrelange Verlagerung“ von Aufgaben von der Landes- auf die kommunale Ebene zu „Haushaltssicherungsgemeinden“ geworden seien und insbesondere in Brennpunkten finanziell keine Möglichkeiten mehr hätten, „die Lücken, die Sie reißen wollen, auszufüllen“.

Bernd Flessenkemper (SPD) betonte, der Kinder-, Jugend- und Familienbereich habe in NRW nach wie vor einen wichtigen Stellenwert. Dies zeige sich u. a. daran, dass trotz „schwierigster finanzieller Rahmenbedingungen“ auch 2002 wiederum Zuwächse vorgesehen seien. Anlass für Kürzungen sei-



Frauen stärken im Kampf für berufliches Weiterkommen und gegen Arbeitslosigkeit und häusliche Gewalt (v.l.): Angelika Gemkow (CDU), Renate Drewke (SPD), Brigitte Capune-Kitka (FDP), Marianne Hürten (GRÜNE) und Frauenministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

en die gesamtwirtschaftliche Situation, ein anderer Ausgleich der Finanzen zwischen Kommunen und Bund und eine Schwerpunktsetzung auf Landesebene gewesen.

Christian Lindner (FDP) erklärte, die Ministerin habe deutlich gemacht, dass sich die Mittelkürzungen, insbesondere am Prinzip der Zuständigkeit, orientiert hätten. Doch was die Landesregierung beabsichtigt habe, habe in weiten Teilen darin bestanden, die Kosten und die Verantwortung auf die Kommunen abzuladen. Das Land habe aber eine Verantwortung für die Auswirkungen, die in der Praxis erfolgen würden, wenn es sich aus seiner Mitfinanzierungsverantwortung herausziehen würde.

Ute Koczy (GRÜNE) machte deutlich, der Haushalt habe Schwerpunkte, er mache Kinder- und Jugendpolitik. Die Kürzungen konzentrierten sich auf wenige Stellen, die dann aber „ordentlich zu Buche“ schlugen. Die Ministerin habe klargestellt, dass diese Kürzungen aus finanzpolitischen und nicht aus inhaltlichen Gründen so seien, wie sie seien.

Familienministerin Birgit Fischer (SPD) erklärte, man habe in diesem Haushalt eindeutig Schwerpunkte gesetzt. Diese seien mit entsprechenden Erhöhungen verbunden gewesen. Die Schwerpunkte finde man im Landeshaushalt „eindeutig“ wieder, trotz der schwierigen Finanzlage. Im Jahr 2002 habe man einen Haushalt in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, bei dem weitgehend die Mittel wie im vergangenen Jahr auch zur Verfügung ständen.

Gesundheit

Rudolf Henke (CDU) meinte, die Herausforderungen für das Gesundheitswesen würden in den kommenden Jahren und Jahrzehnten steigen. Die größten Herausforderungen seien der demographische Wandel zur „Gesellschaft des langen Lebens“ und der ungebrochene medizinische Fortschritt. Er, Henke, halte es für das Schlimmste an der Politik der Ministerin Fischer, „das Sie so kritiklos gegenüber dem sind, was rot-grüne Gesundheitspolitik in Berlin exerziert“.

Michael Scheffler (SPD) betonte, in den zurückliegenden Monaten habe die Neuaufstellung des Krankenhausplanes für NRW immer wieder im Zentrum der gesundheitspolitischen Diskussionen gestanden. Auf der Grundlage der vorgelegten Rahmenvorgaben für die Krankenhausplanung könnten eine zukunftsfähige Krankenhausstruktur und stabile Versorgungsangebote auf hohem Niveau entwickelt werden.

Dr. Jana Pavlik (FDP) meinte, das gesamte Gesundheitswesen immer nur und ausschließlich unter dem Aspekt der Kosteneinsparung behandeln oder gar reformieren zu wollen, habe dazu geführt, dass man bereits in eine Zwei-Klassen-Medizin eingetreten sei. Der vorgegebene Personalschlüssel bei den Alten- und Pflegeheimen reiche „hinten und vorne“ nicht aus, um eine auch nur halbwegs patientengerechte Pflege zu gewährleisten.

Barbara Steffens (GRÜNE) konnte nicht verstehen, was die Opposition in der Seniorenpolitik vorschlage. Die Mittel für Seni-

Eine Gruppe schlesischer Abgeordneter aus Sejm und Senat in Polen war in Nordrhein-Westfalen zu Gast und ist im Landtag von Vizepräsidentin Edith Müller empfangen worden. Der Besuch der schlesischen Parlamentarier diente der Vertiefung der Zusammenarbeit beider Seiten, die auf Regierungsebene im Herbst des Jahres 2000 einen Partnerschaftsvertrag geschlossen haben. Das Gespräch im Düsseldorfer Landtag hatte auch das Ziel, die Kontakte nicht nur auf der Ebene der Exekutive zu vertiefen, sondern auch die Vertreterinnen und Vertreter der Legislative in Schlesien und Nordrhein-Westfalen stärker zusammenzuführen. — Unser Bild zeigt Mitglieder der Delegation aus Schlesien auf der Zuhörertribüne des Landtags, wo sie die Plenardebatte am 13. Dezember 2001 verfolgen konnten.



Foto: Schälte

orenfreizeiten seien auf 90 Prozent des vorherigen Ansatzes hochgefahren worden. Die Koalitionsfraktionen und insbesondere die GRÜNEN zeigten damit deutlich, dass „für uns die Altenpolitik, die Gesundheitspolitik und die Sorge für die Menschen, die suchtfähig sind, und weitere Einzelgruppen im Vordergrund stehen“.

Gesundheitsministerin Fischer (SPD) betonte, die Verweildauer in den Krankenhäusern sei kürzer geworden. Viele Krankheiten könnten inzwischen ambulant behandelt werden. Dies heiße, die Notwendigkeit und der Bedarf an stationären Leistungen seien erheblich zurückgegangen. Man habe einen viel höheren Bedarf im Pflegebereich. Man müsse den Krankenhausbereich „eindeutig“ neu strukturieren, um den tatsächlich vorhandenen Anforderungen gerecht zu werden und um Einsparmöglichkeiten dort zu nutzen, wo Betten und stationäre Leistungen nicht mehr benötigt würden.

Städtebau und Wohnen

Bernd Schulte (CDU) argumentierte: „Die Bauwirtschaft bekommt vom Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen nicht die notwendigen Impulse. Die Landesregierung tut nichts für ein positives Investitionsklima.“ Der Umbau des Systems des öffentlich geförderten Wohnungsbaus sei notwendig. Der Bauminister sei dazu nicht in der Lage. Die Landesregierung habe versucht — unter Vespers Duldung —, dem Wohnungsbauvermögen des Landes 60 Millionen Mark zu entziehen; das habe man in einer konzertierten Aktion zu verhindern gewusst und damit die Substanz des Wohnungsbauvermögens für 2002 und danach gerettet.

Wolfgang Röken (SPD) nannte die Eckpunkte des Wohnungsbauprogramms seiner Fraktion: Ausweitung eines für untere und mittlere Einkommensgruppen bezahlbaren Wohnungsangebots, gezielte Förderung von Eigentum für die Ballungszentren, Umstrukturierung der Wohnsiedlungen der 50er-Jahre, Rückbaumaßnahmen zur Attraktivitätssteigerung der Wohnsiedlungen der 60er- und 70er-Jahre sowie Fördermittel des sozialen Wohnungsbaus für sozial verträgliche Mieten im Bestand.

Karl Peter Brendel (FDP) fand, in den zurückliegenden Jahren seien zu lange Projekte gefördert worden, „die nunmehr Probleme bereiten, die wir mit erneuter öffentlicher Förderung lösen müssen“. Skeptisch sei seine Fraktion bei der Objektförderung im sozialen Wohnungsbau; hier müsse man zur Subjektförderung kommen. Die Mittel für die Städtebauförderung müssten erhöht und durch die Einbeziehung der Mittel für den Grundstücksfonds erweitert werden. Auch er hoffe auf die Ergebnisse der Enquetekommission „Zukunft der Städte“.

Dr. Thomas Rommelspacher (GRÜNE) stellte klar, mit insgesamt rund 240 Millionen Euro für Städtebau lasse sich eine Menge leisten, auch im Umbau von Siedlungen zum Beispiel. Die Herausforderungen seien komplex und vielfältig, der Minister sei gut beraten, wie angekündigt, für die nächsten Jahre die Mittel dafür zu bündeln. Diese Bündelung und laufende Programme hätten das Ziel, die Städte zu revitalisieren.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) betonte, Wohnungs- und Städtebau seien eines der wichtigsten Felder der Landespolitik; Arbeitsmarkt sowie wirtschaftliche und soziale Entwicklungen würden hier beeinflusst. Der Minister verwies auf die zahlreichen Programme der Landesregierung, die auf eine sehr erfolgreiche Wohnungsbaupolitik zurückblicken könne. Spätestens ab 2003 gebe es nicht mehr den klassischen sozialen Wohnungsbau für neue Projekte, auch gegen die Subjektförderung habe er nichts. Vesper rief in Erinnerung: „Die Wohnungswirtschaft handelt anders als andere Wirtschaftszweige mit einem sozialen Gut, auf das man nur um den Preis der Menschenwürde verzichten kann.“ Der Etat messe dem sozialen Wohnungsbau weiterhin einen angemessenen Stellenwert bei.

Kultur

Richard Blömer (CDU) geißelte die Versuche des Landes, den Kommunen zusätzliche Lasten aufzubürden: bei den Bibliotheken und im Denkmalschutz. Das sei, angesichts der Lage der Städte und Gemeinden, von der Landesregierung „dreist“. Im Einzelnen wandte er sich der Theaterförderung

zu: Hier müsse die Regierung die Probleme der theatertragenden Städte zur Kenntnis nehmen, um die lebendige Theaterlandschaft in NRW auf Dauer zu erhalten. Kulturpolitik dürfe sich nicht auf die Förderung von „Leuchttürmen und Events“ beschränken.

Manfred Böcker (SPD) zeigte sich froh, dass der vorgelegte Kulturhaushalt die Vielfalt im Lande sichere und Breite und Spitze berücksichtigt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern könne man sehr gut mithalten. Wenn man den „Theaterdonner“ der Opposition einmal beiseite lasse, dann stehe fest: „Bis auf Ihre Wünsche und Forderungen nach mehr Geld für einzelne Bereiche haben wir Ihnen wohl nicht allzu viel Angriffsflächen geboten.“

Brigitte Capune-Kitka (FDP) umriss den roten Faden, der sich durch die Kulturhaushaltsdebatte gezogen habe, so: „Möglichst viele finanzielle Belastungen für die Kommunen und Leuchtturmprojekte für die Landesregierung.“ Auch das Mittel der globalen Minderausgabe verschleierte nur, dass im Ministerium am Ende weniger Geld für die kulturelle Grundversorgung übrig bleibe. Die PISA-Studie sei zur rechten Zeit gekommen, um vorzuführen, wie wichtig frühe Leseförderung sei.

Oliver Keymis (GRÜNE) stellte klar: „Die Bibliotheksförderung bleibt 2002 erhalten.“ Außerdem habe man noch einige Schwerpunkte bei den Kinder- und Jugendtheatern gesetzt. Die Kultursekretariate würden gestärkt. Für den Dialog der Kulturen, ein dringendes Thema, würden die Mittel erhöht. Keymis schilderte seine Vision, „neben dem Sicherheitspaket auch ein Freiheitspaket zu schnüren“. Es sollte mit 100 Millionen DM pro Jahr kulturelle Einrichtungen für die Jugend fördern: Das sei wahre Friedenspolitik.

Kulturminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) bat die Opposition bei ihrer Kritik um „Abrüstung“: Es sei normal, wenn gestrichene Mittel wie für die Bibliotheken wieder eingestellt werden. Die Mittel für den Denkmalschutz in Titel 14 würden überrollt, ebenso wie die für die Bodendenkmalpflege. GeKappt habe man die für kleinere Maßnahmen an die Gemeinden ausbezahlten Mittel in Höhe von pauschal 10.000 Euro — die gingen aber nicht verloren, weil derselbe Betrag aus der Städtebauförderung an die Kommunen gehe. Also: Keine Kappung, sondern eine andere Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes.

Sport

Dr. Annemarie Schraps (CDU) qualifizierte jeden Jubel um den Sporthaushalt, der nach Mitteilung der Landesregierung um drei Millionen Euro gehoben worden sei (Schraps: Davon allein 3,8 Millionen als Zuschuss für die Olympia Rhein-Ruhr), als „unangebracht und verfrüht“. Bei steigenden Sportler- und Trainerzahlen sei Stagnation Rückschritt. Sie fragte nach Unterstützung für die Vereine, die von der Landesregierung aufgefordert worden seien, neue Tendenzen und Trendsportarten in ihr Programm aufzunehmen. Keine Ansätze auch für den Schulsport und für die unumgängliche Sport-Eliteschule. Weder im Leistungs- noch im Breitensport weise der Etat Reak-

tionen auf erkennbare Erfordernisse auf, bemängelte sie.

Ina Meise-Laukamp (SPD) zeigte Verständnis für die Anträge, die die Opposition gestellt hat: Die Koalition könne sich gut vorstellen, mehr Mittel einzusetzen: „Aber wir folgen diesen Anträgen nicht, weil wir der Meinung sind, dass unsere Anträge in Gänze ein sinnvolles Paket sind, das die Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen voranbringen wird.“ In den Beratungen sei es um einen gerechten Verteilungsprozess zwischen Breitensport, Talentsichtung und Talentförderung gegangen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) sagte, die Liberalen wollten dem Sport auf die Beine helfen, darum hätten sie beantragt, eine Million Euro aus den Oddsetwetten aus dem Umweltbereich in den Sport umzuschichten. Die Koalition habe nicht den Mut zur Zustimmung gefunden. Die Olympiabewerbung des Landes erfordere Solidarität und das heiße: Die Kernforderungen des Sports müssten erfüllt werden. Ohne die „Säulen“ Schulsport und Breitensport falle Olympia zusammen wie ein Kartenhaus, gab sie zu bedenken.

Ewald Groth (GRÜNE) zog für seine Fraktion die Bilanz: Wir GRÜNE stehen für eine sachliche Sportpolitik, die transparent und effektiv unser Sportland NRW gestaltet, den humanen Leistungssport fördert und die Grundlagen für Breitensport und mehr Bewegung verbessert. Internationale Großveranstaltungen prägen die sportpolitische Debatte in NRW. Und das ist gut so und muss so sein.“

Sportminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) unterstrich die Wirkung des soeben geschlossenen Paktes für den Sport. Er werde im Land einen großen Schub und einen innovativen Prozess auslösen. Mündend in einer breiten gesellschaftlichen Allianz solle er nicht nur Kommunen, Kreise und Parteien, sondern auch gemeinnützige Organisationen, Hochschulen, wissenschaftliche Einrichtungen, die Wirtschaft, Interessenvertretungen, viele andere „und natürlich auch die Medien und Kirchen zusammenbinden, um an der Erneuerung des Sports in NRW mitzuwirken“.

Innenministerium

Theo Kruse (CDU) bescheinigte dem Innenminister eine negative Bilanz. Der politische Wille zu einer durchgreifenden Verwaltungsreform mit entsprechendem Gesetzesabbau sei in NRW nicht zu erkennen: „Die Regelungswut von Rot-Grün ist nach wie vor ungebrochen.“ Bei der Feuerwehr schiebe die Landesregierung die Verantwortung den Kommunen zu. Bei der inneren Sicherheit werde die Regierung den sicherheitspolitischen Herausforderungen nicht gerecht. Die versprochenen Stellen bei der Polizei würden durch Umschichtungen an anderer Stelle vorgenommen; die zugesagten Mittel für die Terrorismusbekämpfung seien im gleichen Umfang im Haushalt wieder zu kürzen.

Jürgen Jentsch (SPD) sah das anders: Im Haushalt würden mit Augenmaß die entsprechenden Weichen dafür gestellt, dass NRW erneut dem Anspruch gerecht werde, „das sicherste Land in dieser Republik zu sein“. Damit die Menschen auch morgen si-

cher leben könnten, würden neue Stellen geschaffen, 270 Millionen Mark gebe es in den nächsten Jahren zusätzlich, wobei Polizei, Verfassungsschutz, Feuerwehr und Katastrophenschutz im Brennpunkt stünden. Der Abgeordnete dankte in diesem Zusammenhang Polizei und Feuerwehr für ihre Arbeit und sprach ihnen dafür großen Respekt aus.

Horst Engel (FDP) ergänzte, seine Fraktion wolle mit 50 Millionen Euro deutlich mehr Mittel für die innere Sicherheit ansetzen. Zudem sollte dieser Bereich von der globalen Minderausgabe verschont bleiben. Mehr Geld werde auch benötigt, um die Versäumnisse der Vergangenheit aufzuarbeiten. Immer mehr Straftaten, während die Polizei sich aus der Fläche zurückziehe, schlechter werdende Altersstruktur und hoher Anteil ausfallender polizeilicher Dienstleistungen, Einsatz von Polizisten für Verwaltungsaufgaben und fachfremd eingesetzte Kräfte im Personen- und Objektschutz — „Herr Innenminister, tun Sie endlich etwas!“

Monika Düker (GRÜNE) vermisste bei der Opposition Antworten auf die Sicherheitslage, gehört habe sie nur Anklagen. Innere Sicherheit habe oberste Priorität im Haushalt. Leitlinie auf diesem Gebiet bleibe die Verhältnismäßigkeit der eingeleiteten Maßnahmen. Polizei und Verfassungsschutz würden gezielt und angemessen gestärkt, nicht mit der „Gießkanne“. Ein Ziel, das ihr sehr am Herzen liege, sei die Verbesserung der Situation in den Abschiebehaftanstalten des Landes unter humanitären Gesichtspunkten.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) betonte: „Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande werden um ihre Sicherheit und um die innere Sicherheit nicht bangen müssen — auch nicht vor dem Hintergrund neuer Herausforderungen, wie sie der internationale Terrorismus mit sich bringt“. Auch wenn sie an einigen Stellen etwas eng sein sollte, der Etat seines Ministeriums werde auch im kommenden Jahr eine zufriedenstellende Grundlage für die Arbeit der Behörden im Geschäftsbereich des Innenministeriums sein. Mehr wäre sicher besser gewesen, „aber mehr war nicht drin“.

Justizministerium

Peter Biesenbach (CDU) urteilte, der Etat des Justizministers sei ein weiteres Beispiel für die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung und „Dokument der Mangelverwaltung“. Die Justiz müsse trotzdem und gerade ihren Modernisierungsweg fortsetzen, ihre Funktionsfähigkeit erhalten und in ihrer Rolle als dritte Gewalt im demokratischen Gemeinwesen gestärkt werden. Außerdem sei die Situation im Strafvollzug zu verbessern. Mit diesem vorliegenden Etat, so der Abgeordnete, könne nicht eines dieser Ziele wirklich erreicht werden. An keiner Stelle des Haushalts sei ersichtlich, welchen Beitrag der Justizminister zur Terrorismusbekämpfung leisten wolle. Kurz: In NRW habe die Justiz keine Lobby. Die CDU lehne den Haushalt ab.

Frank Sichau (SPD) kündigte an, das Programm Justiz 2003 gehe planmäßig weiter: Es werde, so der Abgeordnete, ein Programm „Justiz 2006“ folgen müssen, „um Dokumentation und Archivierung an die In-

formationstechnologie anzupassen". Zwi- schendurch werde man ein einheitliches Legitimationsverfahren für den elektronischen Schriftverkehr entwickeln müssen. Im Justizvollzug gehe es um die Umsetzung des 1999 auf den Weg gebrachten Programms zum Abbau der Überbelegung. Angesichts der „Erblast“ von 16 Jahren konservativ-liberaler Regierung im Bund sei man in NRW auf einem guten Weg.

Jan Söffing (FDP) erkannte im Strafvollzug eine „tickende Zeitbombe“: Obwohl die Bediensteten dort eine Million Überstunden vor sich her schoben, gehe die Gesamtzahl der Stellen um 98 zurück. Seine Fraktion fordere hier 100 Stellen mehr. Die terroristische Bedrohungslage werde nicht berücksichtigt; hier seien Aufstockungen in der Gerichtsbarkeit und bei den Staatsanwaltschaften unumgänglich. Daneben bereite auch der Gerichtsbereich zunehmende Sorge; angesichts steigender Firmenpleiten gebe es nicht genug Gerichtsvollzieher, die zusätzlich vorgesehenen Stellen führten nicht zu einer Entspannung der Lage. Die Kosten bei den Aufwandsentschädigungen und Vergütungen an Vormünder, Pfleger und Betreuer explodierten — könne man es sich leisten, dass durch die neue Rechtslage ein künstlicher Bedarf geschaffen wird?

Sybille Haußmann (GRÜNE) nahm die schwierige Haushaltslage zum Anlass, dass ihre Fraktion konsequent Projekte weiter unterstützt, „die sich durch Konzepte der Prävention und der Haftvermeidung auszeichnen“. Wichtig sei die am besten ehrenamtlich zu leistende Unterstützung bei der Integration in das Leben nach dem Strafvollzug. Die Ehrenamtlichen der freien Straffälligenhilfe benötigten mehr Unterstützung und Anerkennung, betonte sie. Die Zahl der Menschen, die allein in Haft seien, weil sie die verhängten Geldstrafen nicht bezahlen könnten, müsse durch geeignete Projekte gesenkt werden. Haftvermeidung sei im Übrigen auch der Vermehrung von Stellen vorzuziehen.

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) wies in Sachen Terrorismusbekämpfung auf drei Millionen Euro zur Zugangssicherung der Gerichte und Staatsanwaltschaften und zwei Millionen Euro für die Sicherheit insgesamt hin. Die CDU sei in ihrer Darstellung weit weg von der Realität — „so weit wie noch nie, Herr Biesenbach“. Eine Million Überstunden im Vollzug gebe es nicht, es sei die Hälfte — und die Hälfte davon sei zu vergüten. Der Minister: „wir sind mit Nachdruck dabei, den Ursachen auf den Grund zu gehen“. Bei den Betreuungskosten sei man auf Bundesebene bemüht, zu einer neuen Regelung zu kommen.

Stellenpläne

Helmut Stahl (CDU) stellte fest, die Politik sei eingeklemmt zwischen festen Ausgabenblöcken. Der gewichtigste sei der Block der Personalausgaben. Die Regierung verweise in diesem Zusammenhang auf kw-Vermerke, die zu realisieren seien. Wenn man es hochrechne und die Ziele erreichen wolle, die die Regierung erreichen wolle, müssten bis 2005 zusätzlich 50 000 kw-Vermerke realisiert werden. Allein bei dieser Zahl sei klar, dass das Scheitern „so sicher feststeht wie das Amen in der Kirche“.

Gisela Walsken (SPD) betonte, dieses Jahr sei sicherlich auch für die Personalpolitik relativ schwierig. Der Personalhaushalt für das kommende Jahr sei solide. Man habe nach wie vor nicht in dem Tempo kw-Stellen abbauen können „wie wir das alle vielleicht gerne sehen würden“. Aber man habe es im letzten Jahr geschafft, deutlich mehr Stellen abzubauen.

Angela Freimuth (FDP) machte deutlich, die FDP mahne seit Jahren an, die Personalkosten zu senken. In der Realität stiegen sie beständig an und erstickten jeglichen Handlungs- und Gestaltungsspielraum. Die Explosion der Versorgungs- und Personalausgaben sei die Spätfolge der Stellenexplosion in den 70er-Jahren. Das Haushaltsgesetz sehe grundsätzlich eine Sperre für externe Besetzungen auf frei werdende Stellen für 24 Monate vor. Wenn man aber weiterlese, finde man zahlreiche Ausnahmeregelungen, unter denen eine externe Besetzung möglich sei.

Sybille Haußmann (GRÜNE) erklärte, die Opposition habe den ganzen Tag in allen Bereichen mehr Stellen gefordert, „und jetzt stellen sich die für den Haushalt Verantwortlichen hier hin und beklagen, dass wir nicht mehr Stellen abbauen“. Man habe immer noch 11 200 kw-Vermerke zu realisieren. Nur wenn man es schaffe, im Personalhaushalt Kurs zu halten, „bleiben uns und den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume für politische Prioritätensetzungen erhalten“.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) betonte, die CDU fordere 9850 neue Stellen. Diese seien nicht seriös gegenfinanziert. Im nächsten Jahr werde man 675 Stellen netto abbauen. Dabei sei all das, was man an zusätzlichen Stellen bewerkstelligen wolle, eingerechnet, „insbesondere im Lehrerbereich, insbesondere in beiden Paketen Terrorismusbekämpfung eins und zwei“.

Finanzministerium

Helmut Diegel (CDU) sagte, der Finanzminister solle eingestehen, dass er es mit ei-

nem Haushalt zu tun habe, der „eigentlich ein Dokument des finanzpolitischen Versagens ist und der uns hier deutlich macht, dass Sie am Ende sind“. Dieser Haushalt sei „so hart an die Kante gefahren worden“, dass er im Vollzug wiederum verfassungswidrig werde. Der Haushalt werde ein Dokument des politischen Versagens bleiben.

Erwin Siekmann (SPD) betonte, trotz erwarteter erheblicher Steuermindereinnahmen könnte der Haushaltsentwurf unter die Überschrift gestellt werden: „Erfolgreich sparen für die Zukunft unserer Kinder.“ Dies sei nur erreichbar geworden durch „schmerzliche“ Programmkürzungen und ein Haushaltsbegleitgesetz. Die SPD sei überzeugt, dass der Haushalt 2002 nicht gegen die Verfassung verstoße. Mit diesem Haushalt habe die Koalition ihre Handlungsfähigkeit in schwieriger Zeit bewiesen.

Angela Freimuth (FDP) bemerkte, es sei katastrophal, dass die Verschuldung immer weiter ansteige. Man müsse konsequent Schulden abbauen. Auch in diesem Haushalt werde man einen Anstieg der Nettoneuverschuldung haben. Dies sei eindeutig ein Schritt in die falsche Richtung. Die Regierung verspiele die Zukunftschancen für nachfolgende Generationen. Die FDP billige die fortgesetzte „Politik der Erstarrung“ keinesfalls.

Rüdiger Sagel (GRÜNE) führte aus, man habe eine sehr schwierige Haushaltssituation. Dennoch habe man einen sehr ausgewogenen und vernünftigen Haushalt vorgelegt. Solide Finanzen seien ganz wesentlich. Natürlich müsse man hier auch sozial und ökologisch umsteuern. „Das haben wir in diesem Haushalt erneut gemacht.“

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) meinte, was die CDU zum Thema Verfassungswidrigkeit zu bieten habe, sei schon eine „alte Schellack-Platte mit ziemlich vielen Rissen“. Man habe den Eindruck, die Ergebnisse der Steuerschätzung seien an der CDU völlig vorbeigegangen. Die Regierung befinde sich mit ihrem Haushalt etwa 100 Millionen Mark vor der Verfassungsgrenze.



Der Regierungschef und sein Kronprinz — so handeln viele Kommentatoren in den Medien den neuen Vorsitzenden der NRW-SPD, Harald Schartau (48, r.). Auf dem Landesparteitag in Münster wurde der Arbeitsminister im Kabinett Clement (l.) mit 97,2 Prozent zum ersten Vorsitzenden der neu strukturierten SPD des Landes gewählt. Schartau will als Nachfolger des bisherigen Landesvorsitzenden Franz Münterfering den Mitgliederschwund stoppen, Stammwähler zurückgewinnen und neue Schichten für seine Partei gewinnen. NRW, so seine Devise, bleibe das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland. — Gewählt wurden auf dem Parteitag als zwei der Stellvertreter Schartaus Familienministerin Birgit Fischer und Schulministerin Gabriele Behler. Der Oberhausener Landtagsabgeordnete Michael Groschek wurde Generalsekretär der Landes-SPD.

Foto: Schälte

Metrorapid

Drei Meter Machbarkeit

Zur Abgabe der Machbarkeitsstudie, die für den 18. Januar 2002 geplant ist, kündigte Günter Scherrer namens der Gutachter den Abgeordneten im Unterausschuss Metrorapid drei Meter Material an, darunter 20 Aktenordner für die Pläne in NRW. Staatssekretär Jörg Hennerkes teilte mit, das Land lasse zusätzlich die Anbindung von Leverkusen, Flughafen Köln/Bonn und „optional“ Bonn prüfen. Die Vorstudie dazu werde noch vor Weihnachten europaweit ausgeschrieben.



Die Haushaltsberatungen gestalteten sich in diesem Jahr besonders schwierig, auch wegen der beiden Ergänzungsvorlagen, so dass es viel Gesprächsbedarf mit Finanzminister Peer Steinbrück (l.) gab, hier mit dem finanzpolitischen Sprecher der SPD Ernst-Martin Walsken. Die Änderung des Krankenhausgesetzes durch ein Haushaltsbegleitgesetz 2002 wurde von der CDU-Opposition gerügt. Foto: Schälte

Der Metrorapid sei keine Konkurrenz für das Regionalnetz, sondern ein Nahverkehrsprodukt, schloss Dipl.-Ing. Hans Königs (Gutachter) in der von Gerhard Wirth (SPD) geleiteten Sitzung am 11. Dezember seine ausführlichen Informationen über den Ausbau des parallel zum geplanten Metrorapid verlaufenden Schienennahverkehrs (15-Minuten-Takt, Verlängerung von S-Bahn-Strecken, zehn Millionen Zugkilometer mehr) ab. Die Abgeordneten äußerten sich im Großen und Ganzen zufrieden mit den Auskünften. Eine Frage von Gerhard Wächter (CDU), warum im Bundeshaushalt 2002 keine Mittel für den Metrorapid veranschlagt seien, beantwortete Peter Eichenseher (GRÜNE) mit dem Hinweis, in Berlin werde über Zinsersparnisse aus den UMTS-Einnahmen nachgedacht. Eichenseher hielt das Projekt für machbar bei vertretbarem Kosten-Nutzen-

Verhältnis. Das Konzept sei in den letzten 12 Monaten stark verbessert worden. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr sehe nun von einem „Komfortzuschlag“ ab. Bei der Entscheidung im Landtag, die für Mitte Februar vorgesehen ist, müsse die Finanzierung aber unterschrieben auf dem Tisch liegen. Zu Sorgen der Parlamentarier wegen Nachteilen für andere Strecken sagte Staatssekretär Hennerkes, die Beschaffungspläne für den vom Landtag beschlossenen Integralen Taktfahrplan ITF 2 seien bis 2006 vom Ministerium programmiert. Der ITF 2 werde 2003 abgeschlossen sein, wenn die Fahrzeugbeschaffung für den Metrorapid anstehe. Peter Eichenseher (GRÜNE) regte an, das Thema Ersatz für den ab 2003 wegfallenden Interregio auf die Tagesordnung im Verkehrsausschuss zu setzen.

Viele Anträge zum Haushalt abgelehnt

Der Haushalts- und Finanzausschuss beriet in mehrstündiger Sitzung am 6. Dezember über die Ergebnisse der Beratungen in den Fachausschüssen und die Änderungsanträge der vier Fraktionen. Mit der Mehrheit aus SPD und GRÜNEN nahm er den so geänderten Haushaltsentwurf 2002, der mit 1. und 2. Ergänzung ein Volumen von 48,323 Euro hat, zur 2. Lesung an. Zur 3. Lesung wurden in der von Volkmar Klein (CDU) geleiteten Sitzung am 14. Dezember keine weiteren kostenwirksamen Änderungsanträge gestellt. Bei der Abstimmung über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2002 fehlte der Mehrheit eine Stimme.

Einstimmig beschlossen die Fraktionen, auf Vorschlag des Finanzministers die Einstellungsverpflichtungen von Schwerbehinderten um 50 auf 200 zu erhöhen. Dazu werden im Umfang der nicht erfüllten Quote Planstellen und Stellen in allen Ressorts in den Stellenpool umgesetzt. Änderungsanträge von CDU und FDP zum Personalhaushalt lehnte die Mehrheit aus SPD und GRÜNEN in der Sitzung am 6. Dezember erwartungsgemäß ab. Die FDP wollte zum Beispiel 250 neue Angestelltenstellen für Verwaltungsaufgaben bei der Polizei sowie 50 beim Datenschutz und drei beim Verfassungsschutz. CDU und FDP wollten gemeinsam 10,5 Millionen Euro für die

Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) einsparen, wobei die FDP die Kündigung des Staatsvertrags mit der ZVS und die CDU die Beschränkung auf Rahmenbedingungen forderte. Abgelehnt wurden auch der CDU-Antrag, einen Lehrstuhl für islamische Religionspädagogik einzurichten, ein FDP-Antrag, das ganze Programm „Geld statt Stellen“ mit einem Volumen von 133 Millionen Euro zu streichen, und ein CDU-Antrag, zur Unterrichtsgarantie die Stellenreserve wieder einzurichten und hierfür 3 950 Stellen aus dem Programm „Geld statt Stellen“ zu verwenden.

Tischtennis-Finale im Landtag

„Ja, ist denn schon wieder Weihnachten“, wunderten sich die Sportfreunde im Landtag, als die Einladungsschreiben zum Tischtenniseinzelturnier über die Schreibtische zu wanderten. Auf Hochglanz poliert wies die Meistertrophäe den aus allen Dependancen herbeieilenden Spielerinnen und Spielern am 7. Dezember den Weg in die Sportkrippe des Landtags. Bescheidene Ausstattung, kein Presserummel, noch nicht einmal Ochs und Esel sahen zu, als ein neuer Champion gekürt wurde.

Das war vielleicht auch ganz gut so, denn was da an den Platten geboten wurde, wäre selbst für solch bekanntermaßen nervenstarke Zeitzeugen zu aufregend gewesen. Gespielt wurde nach dem neuesten Regelwerk, über dessen Einhaltung Thomas Schneider wachte wie der Erzengel Michael über das Tor zum Paradies. Best of Five, Wechsel nach dem zweiten Aufschlag, gezählt wird nur noch bis 11. Das neue Reglement verhiess alles andere als Beschaulichkeit im Advent. Für die Spielerinnen und Spieler hieß das, die Taktik von der Marathon- auf die Sprintstrecke umzustellen. Und die Schiedsrichter mussten unter Beweis stellen, dass sie neben der 5er auch die 2er Reihe des

kleinen Einmaleins beherrschten. Fünfzehn Spieler/innen stürzten sich an die Platten, alle gaben sie ihr Bestes, aber nach temporeichem Spiel mussten sich Barbara Abbing, Irmgard Birn, Cyril Collin, Andrea Glende, Monika Heßhaus, Birgit Hielscher, Maria Luise Jung, Claudia Karsten, Lydia Klein, Michael Landwehr und Gerd Steven geschlagen geben. Im ersten Halbfinale unterlag Thomas Schneider, als lupenreiner Amateur nicht ganz unerwartet, dem professionell aufspielenden Manfred Mündelein. Im zweiten Halbfinale galt der Schnibbelkönig Georg Widera zwar als Favorit, dem der Gegner Bernd Hallwass aber nach seinen hervorragenden Leistungen im Training

durchaus Paroli bieten könnte. Diesmal gelang Hallwass der Einzug ins Finale zwar noch nicht, aber er machte eindrucksvoll deutlich, dass man in Zukunft mit ihm rechnen müssen.

Mündelein gegen Widera — es waren wirklich die Besten, die an diesem späten Nachmittag im Finale aufeinander trafen. Aber wie schon so oft, endete für den sich stets so souverän in die Finalkämpfe vordringenden Georg Widera das Finale mit einer Niederlage. Wie es scheint, ist Manfred Mündelein durch die Verwaltung nicht zu schlagen. Allenfalls durch die Politik, deren Tischtennisspezialisten aber leider diesmal nicht teilnehmen konnten. Bescheiden machte der neue Champion seinen Schläger für den Erfolg verantwortlich. Völlig überrascht wurden die Spieler durch den Besuch des Nikolaus, der mit seinen Gaben dafür sorgte, dass für niemanden das weihnachtliche Turnier zur Leidensgeschichte wurde. Dass Michael Landwehr bei der schönen Bescherung gefehlt hatte, fiel den meisten erst hinterher in der Tangente auf. *ib*

Integrationsoffensive: An der Umsetzung wird schon gearbeitet

Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat in einer großen Kraftanstrengung Mitte des Jahres gemeinsam die Integrationsoffensive zustande gebracht. Im Konsens aller vier Fraktionen wurde ein umfassendes Programm verabschiedet, das konkrete Schritte zur Integration jener zwei Millionen Mitbürgerinnen und Mitbürger benennt, die einen ausländischen Pass haben und hier in Nordrhein-Westfalen unter uns leben. — Ein halbes Jahr nach Verabschiedung der Integrationsoffensive im Plenum zieht „Landtag intern“ im Gespräch mit den vier migrationspolitischen Sprechern Vera Dedanwala (SPD), Willi Zylajew (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Jamal Karsli (GRÜNE) eine vorläufige Bilanz.



Vera Dedanwala

Dr. Ute Dreckmann (FDP) findet es gar nicht so verwunderlich, dass der Landtag so rasch und einfach einen gemeinsamen Nenner gefunden hat: Nordrhein-Westfalen habe eine lange Geschichte der Migration und darum viel Erfahrung auf diesem Gebiet. Vera Dedanwala (SPD) wertet es als positiv, dass es im Land gelungen ist, sich den Menschen zuzuwenden, die schon zum Teil seit Jahrzehnten hier leben. Sie fänden jetzt endlich als Person

Aufmerksamkeit und Zuwendung — „und das in einem politischen Konsens. Das macht diese Offensive bedeutend und einzigartig, denn kein anderes Bundesland hat so etwas“. Für Willi Zylajew ist heraushebenswert, dass sich die Fraktionen aufeinander zu bewegt, ihre eigenen Positionen überdacht und nach Annäherungsmöglichkeiten gesucht haben. Dies sei im Interesse der Gesellschaft und besonders der Zuwanderer geschehen. Jamal Karsli findet es gut, „dass wir alle in den vier Fraktionen einig sind und dass wir alle mit dem Ergebnis zufrieden sind“.

Karsli fährt fort, mit der Integrationsoffensive machten die Landtagsabgeordneten deutlich, dass Migranten Teil der Gesellschaft sind, und auf sie nicht verzichtet werden könne. Unsere Gesellschaft könne es sich nicht leisten, die Ressourcen, Potentiale und Chancen, die die Migrantinnen und Migranten einbringen, brach liegen zu lassen; sie müssten genutzt werden. Dieser Effekt sei mehr als ein Äquivalent für die Investitionen, die für die Integration zu leisten sind. Die „Aufnahmegesellschaft“ müsse sich darüber klar werden, dass für die Integration stärkere Anstrengungen als bisher notwendig sind, nimmt Vera Dedanwala den Faden auf. Die Migranten selber müssten sich stärker zur Integration hinwenden, etwa dadurch, dass sie in größerem Umfang bereit

sind, die Sprache zu lernen. Willi Zylajew sieht das Ziel der Integrationsoffensive aus einem anderen Blickwinkel: Mit der Offensive würden verlässliche Strukturen für eine Integrationsförderung im Land NRW geschaffen, „dabei sind Förderungen und auch Forderungen festgeschrieben“, betont er. Dr. Ute Dreckmann begrüßt, jetzt sei möglich, was man lange Zeit vernachlässigt habe: Dass wir die Menschen, die hier leben, wirklich als gleichberechtigte Bürgerinnen und Bürger akzeptieren, „dass wir uns auf der gleichen Augenhöhe begegnen“.

Auswirkungen der nordrhein-westfälischen Integrationsoffensive auf die Bundespolitik, wo zurzeit um das Zuwanderungsgesetz gerungen wird, sind durchaus beabsichtigt. „Wenn der Wille in Berlin da ist, Gemeinsamkeit zu erreichen, dann wird sie erreicht werden“, zeigt sich Vera Dedanwala überzeugt: „Was wir dazu beitragen können, tun wir.“ Dr. Ute Dreckmann macht darauf aufmerksam, dass sich viel von dem von der FDP in der letzten Wahlperiode des Bundestags vorgelegten Gesetzentwurf in dem Konzept wiederfindet. „Ich bin mir ziemlich sicher, dass wir das in Berlin auch hinbekommen. An der FDP wird es jedenfalls nicht scheitern.“ In dieselbe Kerbe schlägt Jamal Karsli, wenn er feststellt: „Wenn es allein an meiner Partei liegen würde, wäre das überhaupt kein Problem.“ Er wünsche sich, dass die Zuwanderung nicht zum Wahlkampfthema wird, „dann haben wir vieles gewonnen, für die Integration und für die Zukunft unseres Landes“. Willi Zylajew berichtet von der Initiative des Arbeitskreises Migration der NRW-Fraktion in der Berliner CDU/CSU-Fraktion, in der er für die Offensive geworden hat. Die Werbetrommel hat er aber nach eigenem Bekunden auch in München gerührt, wo er die Kollegen der CSU-Fraktion ins Bild gesetzt hat. Die SPD-Sprecherin berichtet von einer Aktion, in der alle Landtagsfraktionen mit dem Wortlaut der nordrhein-westfälischen Integrationsoffensive versorgt worden sind. Denn die seien über den Bundesrat in das Zustimmungsverfahren zum Zuwanderungsgesetz eingebunden.

Aber nicht nur in fremde Reviere dringt die Kunde unter die Menschen — das eigene Haus wird keineswegs vernachlässigt. Der CDU-Sprecher erwähnt das durchweg positive Echo, das der Dialog der Fraktion mit über 50 gesellschaftlich relevanten Gruppen gefunden hat. Alle Kommunen in NRW seien angeschrieben worden mit der „dringenden Bitte, dass man Stück für Stück an der Integrationsoffensive arbeitet“. Die Sprecherin der SPD gibt ihre Erfahrung

wieder, dass in den Städten und Gemeinden des Landes schon konkret an der Umsetzung gearbeitet wird, wobei man dort sehr froh darüber ist, dass die Offensive von allen getragen ist: Sie gerate dann vor Ort nicht in den politischen Streit. Von guten Erfahrungen mit der Integration im Ruhrgebiet weiß die FDP-Sprecherin zu berichten. Dort sei die Bevölkerung traditionell ziemlich durchmisch, „wir leben friedlich und freundlich miteinander“. Als Wahlkreisabgeordnete besuche sie viele Moscheen und nehme dazu immer Freunde, Bekannte und Parteimitglieder mit. So werde der Dialog gefördert und man gehe mit größerer Bereitschaft aufeinander zu. Der Sprecher der GRÜNEN merkt an, nach den Ereignissen vom 11. September müsse der Dialog verstärkt gesucht werden. Dabei sei auf die Sprache zu achten: Begriffe wie „Asylantenschwemme“ oder „Ausländerproblem“ sind diesem Dialog nicht förderlich. Diesem ersten Schritt des Dialogs und des Abbaus von Vorurteilen folge der zweite, die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen. Dafür brauche man die Mittel „und die müssen gefunden werden. Denn wenn wir jetzt nicht investieren, werden wir später ein Vielfaches aufwenden müssen“. Vera Dedanwala macht noch darauf aufmerksam, dass jetzt an die Medien appelliert werden muss, das Thema Integration aufzugreifen und inhaltlich in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Als das Gespräch darauf kommt, welche konkreten Schritte in allernächster Zukunft

zu unternehmen sind, wird von den vier Sprechern einhellig auf die hohe Bedeutung der Sprache bei den Integrationsbestrebungen hingewiesen. Für Jamal Karsli ist sie die wichtigste Voraussetzung für Integration überhaupt. Für die Schule dringend, „dass wir den islamischen Religionsunterricht zustande bringen“. Nach dem Erlernen der Sprache

ist es aber auch wichtig, betont Dr. Ute Dreckmann, dass die jungen Menschen anschließend einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz bekommen. Migranten müssten ihre Religion leben können; Städte müssten begreifen, dass neben Kirchen auch Moscheen als Neubauten entstehen können — nicht nur am Rande der Kommunen im ausgewiesenen Gewerbegebiet. Vera Dedanwala fordert von der Politik, sie müsse in der Integration das Ressortdenken überwinden; hier sei die Zusammenarbeit aller gefordert. Und Willi Zylajew hält es für eine Aufgabe, weiterhin nüchtern und sachlich die Integrationsdefizite zu analysieren. Wegen der Lage der öffentlichen Haushalte seien die Mittel nur durch Umschichtungen zu beschaffen. Der Sprecher erwähnt zum Schluss den Standpunkt seiner Fraktion, dass die Wahrnehmung von Integrationsangeboten auch eine gewisse Verpflichtung für Migrantinnen und Migranten beinhaltet. Wer davon keinen Gebrauch macht, müsse mit Sanktionen rechnen.



Jamal Karsli



Dr. Ute Dreckmann



Willi Zylajew

Das Jahr 2001 im Landtag

Bundesweite Zeichen bei Integration

Herausragende landespolitische Ereignisse waren ein von allen vier Fraktionen getragenes Konzept zur Integration bei der Zuwanderung, die Verankerung des Tierschutzes in der Landesverfassung sowie Diskussionen um die Aufnahme von Kinderrechten in die Verfassung. Nach den Terroranschlägen in den USA stand auch im NRW-Landtag die Politik verstärkt im Zeichen von Terrorismusbekämpfung und Innerer Sicherheit.

Januar

Nachdem die Geschäftsordnung des Landtags im vergangenen Jahr geändert wurde, tagen die Ausschüsse grundsätzlich öffentlich.

In Moers fand die traditionelle Haushaltsklausur des Haushalts- und Finanzausschusses (Vorsitz Volkmar Klein, CDU) statt. Finanzminister Steinbrück teilte mit, dass das Land NRW erstmals eine auf internationale Anleger ausgerichtete Anleihe auflegen würde.

Der Ausschuss für Europa- und Einewelt-Politik (Vorsitz Ute Koczy, GRÜNE) hörte Experten zum Thema „Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge“ und betonte damit die fundamentale Bedeutung der öffentlichen Leistungen für das zukünftige gesellschaftliche Leben in Europa.

Die BSE-Krise ging auch am Landtag nicht spurlos vorüber. Politiker von Koalition und Opposition forderten einen aktiveren Verbraucherschutz, um das Vertrauen der Verbraucher zurückzugewinnen. Den Vorstoß von SPD und GRÜNEN, in der gesamten Lebensmittelproduktion umzusteuern, sahen Oppositionspolitiker mit Skepsis und warnten vor einem „Feldzug gegen die bäuerliche Landwirtschaft“.

Februar

Im Verkehrsausschuss (Vorsitz Manfred Hemmer, SPD) waren sich alle Fraktionen und Minister Ernst Schwanhold (SPD) darüber einig, dass das Bahnnetz und der Betrieb von Schienenverkehr voneinander getrennt werden müssten. Einen FDP-Antrag dazu hielt die Mehrheit jedoch für nicht hilfreich.

In einer Aktuellen Stunde debattierte der Landtag über den maroden Zustand von Schulgebäuden in NRW. Abgeordnete der Opposition machten die Landesregierung dafür verantwortlich, diese verwies auf die Zuständigkeit der Kommunen.

Ein Landesmediengesetz soll das Landesrundfunkgesetz ablösen, um den medialen Mischformen besser Rechnung zu tragen. Ein CDU-Antrag „Rundfunk im digitalen Zeitalter“ wurde an den Medienausschuss überwiesen.

In einer Aktuellen Stunde zum Thema „Länderfinanzausgleich“ betonte Minis-

terpräsident Wolfgang Clement (SPD), NRW müsse in Zukunft besser abschneiden als bisher.

Ein Antrag von SPD und GRÜNEN zum Thema „Gender Mainstreaming“, einem neuen Denkansatz bei der Gleichstellungspolitik in NRW, wurde an alle Fachausschüsse überwiesen.

Der Wirtschaftsausschuss (Vorsitz Dr. Helmut Linszen, CDU) beriet federführend über einen Vorstoß von SPD/GRÜNEN zur Mittelstandsförderung. Die Opposition begrüßte die Initiative der Landesregierung für ein Mittelstandsgesetz. Nach ihrer Überzeugung hätte dies schon früher geschehen können.

März

Das Land NRW stellt fünf Millionen Mark aus Verbundzuweisungen für einen „Bahnflächenpool“ und ein „Kompetenzzentrum Bahnflächen NRW“ bereit, erfuhr der Kommunalausschuss (Vorsitz Jürgen Thulke, SPD) bei der Beratung der Gemeindefinanzen-2001.

Ob die Bürger in NRW durch Volksbegehren und Volksentscheid aktiver an der Landespolitik mitwirken können, diskutierte unter der Leitung von Edgar Moron (SPD) der Hauptausschuss und weitere Ausschüsse mit einer Reihe von Experten. Zu diesem Zweck müsste die Landesverfassung geändert werden.

Der Verkehrsausschuss setzte einen Unterausschuss Metrorapid ein, der die Planung des Projekts zeitnah begleiten soll. Vorsitzender: Gerd Wirth (SPD).

Hitzige Debatte über die Schulpolitik im Landtag. In ihrer Regierungserklärung stellte Schulministerin Gabriele Behler (SPD) den Stufenplan „Verlässliche Schule“ vor. Die Opposition warf der Ministerin Versagen vor und forderte sie zum Rücktritt auf.

Mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN verabschiedete der Landtag in dritter Lesung den Landshaushalt 2001, ein Vierteljahr später als gewöhnlich wegen der Landtagswahl im Jahr 2000. Die Ausgaben stiegen um 1,4 auf 96,1 Milliarden Mark.

Ein FDP-Antrag gegen die Einführung des von der Bundesregierung geplanten Getränkepfands wurde abgelehnt.

SPD/GRÜNE unterstützten das Vorhaben.

Der Landwirtschaftsausschuss (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) forderte in einer Sondersitzung „alle erforderlichen Schritte, um ein Übergreifen der Maul- und Klauenseuche auf NRW und Deutschland zu verhindern“. Aus diesem Grund solle sich die Bundesregierung bei der EU-Kommission für die Zulassung von Schutzimpfungen einsetzen.

April

Die Enquetekommission „Zukunft der Städte in NRW“ konstituierte sich (Vorsitz Dr. Axel Horstmann, SPD).

Im Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ des Haushaltsausschusses (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) stellte der Direktor den Aufbau des Landesbetriebs Straßenbau dar.

Sondersitzung des Innenausschusses (Vorsitz Klaus-Dieter Stallmann, CDU) zum Verfahren gegen den Bielefelder Polizeipräsidenten Horst Kruse. Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD): Er habe der Bitte Kruses um Beurlaubung stattgegeben, da es unter dem öffentlichen Druck nicht möglich sei, das Amt angemessen wahrzunehmen.

Der Gesundheitsausschuss (Vorsitz Bodo Champignon, SPD) hörte Sachverständige zu einem Gesetzentwurf der CDU an, wonach beim Maßregelvollzug die Sicherheit der Bevölkerung Vorrang vor der Therapie von Sexualstraftätern erhalten soll.

Mai

Die „Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW“ untersucht die neue Enquetekommission des Landtags unter Vorsitz von Marianne Hürten (GRÜNE).

Annegret Krauskopf (SPD), Ausschussvorsitzende, leitete eine Anhörung von Sachverständigen zur Kinder- und Jugendhilfe nach Vorlage des siebten Landesjugendberichts der Landesregierung. Die Experten lobten den Bericht, forderten jedoch, diesen in Zukunft von einer unabhängigen Expertenkommission erstellen zu lassen.

Seit 1996 gilt das Landespflegegesetz. Die Auswirkungen des Gesetzes wurden in einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen und Beteiligten in einer gemeinsamen Sitzung von Kommunal- und Gesundheitsausschuss (Vorsitz Jürgen Thulke und Bodo Champignon, beide SPD) unter die Lupe genommen. Als größte Problemkreise kristallisierten sich die zukünftige Finanzierung der Pflege und der Umgang mit demenzkranken Menschen heraus.

Juni

Anhörung von Sachverständigen im Verkehrsausschuss zum CDU-Antrag „Eck-

punkte der Luftverkehrspolitik des Landes NRW" und zur „NRW-Luftverkehrskonzeption 2010“. Mediziner warnten eingangs vor Schäden an Körper und Seele durch Fluglärm.

Zum FDP-Antrag „Sperrzeiten im Gaststättengewerbe“ hörten Wirtschafts- und Kommunalausschuss Experten aus Gewerkschaften, Kommunen und Gaststättengewerbe. Wegen weiteren Beratungsbedarfs wurde die Abstimmung über den Antrag, der eine deutliche Kürzung der Sperrzeiten vorsieht, vertagt.

Nach mehrstündiger verantwortungsbewusster Aussprache über „Chancen und Risiken der Bio- und Gentechnologie“ nahm der Landtag den FDP-Antrag an, den von Ministerpräsident Clement befürworteten Import von Stammzellen aus Israel zu unterstützen. CDU und GRÜNE stimmten dagegen. Die Politik solle sich Zeit zum Nachdenken lassen.

Erste Lesung des Informationsfreiheitsgesetzes im Landtag. Der Entwurf von SPD und GRÜNEN sieht vor, dass die Bürgerinnen und Bürger in Zukunft einen grundsätzlichen Anspruch auf Informationszugang in allen Landes- und Kommunalbehörden erhalten.

20 ausländische Bürgerinnen und Bürger, die während des Zweiten Weltkriegs in NRW zu Zwangsarbeit gepresst oder in Konzentrationslager verschleppt wurden, besuchten aus Anlass des 60. Jahrestages des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion den Landtag. Landtagspräsident Ulrich Schmidt: „Wir bitten für das, was Sie in unseren Städten erleben mussten, um Vergebung.“

Auf Antrag von CDU und FDP debattierte der Landtag über die Wirksamkeit der Landeshundeverordnung ein Jahr nach Inkrafttreten. Abgeordnete der Oppositionsfaktionen kritisierten die Verordnung als handwerklich und fachlich unzulänglich und forderten Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) auf, die Verordnung zu überarbeiten.

Alle vier Fraktionen unterstützten den gemeinsamen Antrag „Integrationsoffensive Nordrhein-Westfalen“. Damit setzte der Landtag ein bundesweit wirkendes Zeichen für die dauerhafte und erfolgreiche Integration von Migrantinnen und Migranten, NRW legte das erste umfassende Integrationskonzept vor.

August

Der Schulausschuss (Vorsitz Dr. Jörg Eckhold, CDU) hörte Sachverständige zum Thema „Selbstständige Schule“. In NRW sollen 300 Schulen und Schulträger erproben, ob und wie ihre Arbeit und insbesondere der Unterricht durch mehr Eigenverantwortung verbessert werden kann.

Den Tierschutz in der Verfassung des

Landes NRW zu verankern, beschloss der Landtag. Der neue Artikel 29a der Landesverfassung lautet künftig: „Die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere stehen unter dem Schutz des Landes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände.“

September

Der Landtag gedachte der Opfer der terroristischen Anschläge in den USA vom 11. September und ihrer Angehörigen. Die Haushaltsberatungen wurden um eine Woche verschoben.

Anlässlich des Weltkindertages kamen unter dem Motto „Freunde über alle Grenzen“ rund 600 Schulkinder aus ganz NRW in den Landtag. Die Schülerinnen und Schüler stellten im Plenarsaal ihre Projekte gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit vor. Unter den Gästen war auch Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland. Das angekündigte musikalische Programm wurde vor dem Hintergrund der Ereignisse des 11. September, der Terroranschläge in den USA, abgesagt.

Werden die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen zukünftig Behördengänge von ihrem Heim-PC aus per Internet erledigen können? Der Innen- und der Medienausschuss hörten unter der Leitung der Vorsitzenden Klaus Stallmann (CDU) und Claudia Nell-Paul (SPD) Experten zum Thema „e-Government“ (Abwicklung von Verwaltungsakten mit elektronischen Hilfsmitteln) an. Der größte Beratungsbedarf entstand rund um die Fragenkomplexe Datenschutz, Datensicherheit und Rechtsverbindlichkeit.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge in den USA debattierte der Landtag über den Kampf gegen Terrorismus und Kriminalität. Ein Antrag der CDU-Fraktion für eine bessere Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei in NRW wurde einstimmig an den Innenausschuss überwiesen.

Oktober

SPD, GRÜNE und FDP lehnten nach langer Debatte den CDU-Antrag „Zukunft der Steinkohle verlangt Klarheit der Finanzierung“ ab. Darin forderte die Union verbindliche Finanzierungszusagen von Bund und Land. Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) betonte, NRW wolle eine Perspektive für die Steinkohle-Zukunft bis 2015.

Insgesamt 23 Sachverständige äußerten sich bei der gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Kommunal-, Frauen- und Sozialpolitik zum CDU-Antrag „Ehrenamt stärken – Aktive Bürgergesellschaft aufbauen“. Die Experten lieferten zahlreiche Anregungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen bei ehrenamtlichem und bürgerschaftlichem Engagement.

Eine zweitägige Anhörung der Ausschüsse für Frauen-, Innen- und Familienpolitik

gab es zum CDU-Antrag „Gegen Gewalt in der Ehe – Rote Karte für gewalttätige Ehepartner“ und zum Antrag von SPD/GRÜNEN „Häuslicher Gewalt entschieden entgegnet“.

Empfang im Landtag anlässlich des 40-jährigen Bestehens des „Abkommens zur Anwerbung türkischer Arbeitskräfte“. Landtagspräsident Ulrich Schmidt begrüßte über 200 türkische und deutsche Ehrengäste: „Wir arbeiten aktiv daran, dass das Zusammenleben zwischen Türken und Deutschen noch besser funktioniert.“

Besuch bei der Parlamentarischen Gruppe Bahn: Bahnchef Hartmut Mehdorn erläuterte den rund 80 Abgeordneten aller Fraktionen die Unternehmensstrategie „Offensive Bahn“.

Kommt Olympia im Jahr 2012 nach NRW? Alle Fraktionen des Landtags sind „Gemeinsam für Olympische Spiele an Rhein und Ruhr“.

November

Der neue Vorstandsvorsitzende der WestLB, Jürgen Sengera, trug dem Haushalts- und Finanzausschuss Einzelheiten der neuen Unternehmenskonzeption vor. Eine Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion zu den Chancen der Rettung der Charter-Fluglinie LTU und Nachfragen der Abgeordneten beantwortete Finanzminister Peer Steinbrück (SPD). Städtebauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE), musste zum Thema „Kostenentwicklung beim Neubau der NRW-Landesvertretung in Berlin“ Rede und Antwort stehen.

Die Landesregierung wird in Zukunft eine/n Integrationsbeauftragte/n berufen. Dies beschloss der Ausschuss für Migrationsangelegenheiten (Vorsitz Britta Altenkamp-Nowicki SPD). Das Vorhaben wird von allen Fraktionen unterstützt.

Der Landtag stimmte einer gemeinsamen Entschließung aller vier Fraktionen zu, wonach die Startbahnen der Flughäfen Düsseldorf, Münster/Osnabrück und Paderborn ausgebaut werden sollen.

Um Probleme beim Pflegegeld ging es unter anderem im Halbjahresbericht des Petitionsausschusses, den Brigitte Herrmann (GRÜNE) als stellvertretende Vorsitzende vortrug.

Dezember

Sitzungsmarathon im Finanzausschuss mit zahlreichen Änderungsanträgen aus den Fachausschüssen zum Haushaltsentwurf 2002 und zweitägige Plenardebatte zur 2. Lesung der Einzelpläne, bevor der Landeshaushalt für das kommende Jahr, erstmals in Euro, und zwar mit einem Volumen von 48,3 Milliarden Euro, und nach zahlreichen Änderungen der Parlamentarier am 19. Dezember in 3. Lesung verabschiedet wurde.

Irritationen werden durch Landeshundegesetz beendet

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt nach den Worten ihrer agrarpolitischen Sprecherin Irmgard Schmid, dass in die Erarbeitung eines Landeshundegesetzes Bewegung gekommen ist. „Wenn Ministerin Höhn sehr bald einen Gesetzestext vorlegt, und das zeichnet sich derzeit ab, dann muss der Landtag nicht selbst einen Entwurf erarbeiten“, kommentierte Schmid. Es sei höchste Zeit, die Irritationen durch unterschiedliche Regelungen in den Ländern und durch verwirrende Rasselisten zu beenden.

Die SPD-Fraktion forderte eine neue, in den Ländern einheitliche Regelung. Das sei die beste Voraussetzung dafür, größtmöglichen Schutz der Menschen vor gefährlichen Hunden zu gewährleisten und Hundehalter in die Pflicht zu nehmen. „Die Innenminister haben sich auf ihrer letzten Konferenz darauf geeinigt“, berichtete Schmid. Es solle in Zukunft zwei Rasselisten geben, mit vier Rassen auf der ersten Liste,

für die z.B. ein Zuchtverbot gelte, und mit zehn weiteren Rassen auf der zweiten Liste. Daneben müsse es allgemeine, verbindliche Regeln für alle Hunde geben, forderte Schmid. Dazu gehöre die Versicherungspflicht, der Chip und der Sachkundenachweis, den die Hundehalter zu erbringen hätten. „Das sind die aus Sicht der SPD-Fraktion unverzichtbaren Eckpunkte eines Landeshundegesetzes“, unterstrich Irmgard Schmid. Mit diesen allgemeinen, verbindlichen Regeln werde die bisherige 20er-/40er-Regelung überflüssig. „Wir brauchen keine dritte Liste, die nach Größe und Gewicht unterscheidet“, sagte Schmid.

★

Die SPD-Landtagsfraktion sieht ihre Energiepolitik durch das Urteil des Verwaltungsgerichts Aachen in Sachen Garzweiler II erneut bestätigt. „Dem künftigen Braunkohletagebau Garzweiler II liegt ein ordnungs-

gemäßes Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zugrunde, deshalb sind auch die erneuten Klagen gegen dieses Großprojekt vor Gericht gescheitert“, kommentierte SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Aachen. Schon eine Klage von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Jahr 1995 sei vom Landesverfassungsgericht zurückgewiesen worden. Entgegen der Behauptung von Garzweiler II-Gegnern sei der Aufschluss dieses Tagebaues aus energiepolitischen Gründen notwendig. Ein Verzicht auf die heimische Braunkohle wäre aus mindestens drei Gründen unverantwortlich, so Moron. Ohne heimische Braunkohle wäre die Abhängigkeit von Importenergien so groß, dass Deutschland auf diesem Markt zum Spielball von internationalen Kartellinteressen würde. Außerdem sei mit Garzweiler II eine Wertschöpfung verbunden, „auf die wir nicht verzichten wollen“. Und mit Garzweiler II verknüpft sei das größte privat finanzierte Kraftwerks-Erneuerungsprogramm zur CO₂-Reduzierung.

CDU: Für Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung

Die CDU-Landtagsfraktion setzt sich nachdrücklich für die zügige Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung ein. Sie fordert eine Verbindung mit den bereits in der Landesverfassung beschriebenen „Jugendrechten“. In einem einstimmigen Fraktionsbeschluss übernimmt die CDU grundsätzlich den Inhalt des von den Koalitionsfraktionen bereits im Landtag eingebrachten Gesetzentwurfs zur Ergänzung der Landesverfassung.

Antonius Rösenberg, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, machte deutlich, dass es die CDU nach der Anhörung von

Experten in den zuständigen Ausschüssen für dringend geboten hält, die jetzt neu aufzunehmenden „Kinderrechte“ mit den bereits in Artikel 6 der jetzigen Landesverfassung beschriebenen „Jugendrechte“ zu synchronisieren. SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hätten dies bei den internen Beratungen jedoch bisher strikt abgelehnt.

Wie Werner Jostmeier, Sprecher der CDU im Hauptausschuss, feststellte, greift die CDU die Auffassung der Experten auf, die während der Anhörung darauf hingewiesen hatten, dass eine formale Trennung zwischen „Kindern“ und „Jugend“, wie sie

dem Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen zugrunde liegt, zu nahezu unlösbaren Abgrenzungsproblemen und zu sachlichen Ungereimtheiten führen könnten.

Rösenberg: „Ich hoffe, dass sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN diesen Argumenten noch anschließen. An einer Systemfrage darf die Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung nicht scheitern. Jetzt ist die Koalition gefordert.“

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen



Als Stammzellenspenderin zur Rettung Leukämiekranker hat sich auch Marianne Thomann-Stahl registrieren lassen. Dr. Jana Pavlik, Internistin aus Neuss und gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, nahm knapp 100 Landtagsabgeordneten und -mitarbeitern für die Typisierung des Knochenmarks ein Röhrchen Blut ab. Pavlik hatte die Typisierungsaktion im Düsseldorfer Landtag, an der auch Wolfgang Clement, Jürgen Rüttgers und Jürgen W. Möllemann teilnahmen, gemeinsam mit der Knochenmarkspender-Zentrale der Düsseldorfer Universitätskliniken organisiert. „Allein in Düsseldorf warten 30 Kinder auf einen geeigneten Spender, der quasi ihr Gen-Zwilling sein muss. Es wäre toll, wenn diese Aktion Leben retten hilft“, sagte Pavlik. Die Chance für einen Leukämie-Patienten, einen geeigneten Spender zu finden, beträgt etwa 1 : 100 000.

WestLB muss sich aus Pipeline-Projekt in Ecuador zurückziehen

Die WestLB führt ein internationales Bankenkonsortium zur Finanzierung eines Milliardenprojekts an — einer 500 Kilometer langen Erdölleitung durch Ecuador. Umweltschutzorganisationen wie „Rettet den Regenwald“ oder „Greenpeace“ haben schon seit langem darauf hingewiesen, dass die Pipeline wertvolle Regenwaldgebiete zerstören und die wirtschaftliche Existenz der Menschen in der Region bedrohen würde. Als GRÜNE haben wir das Engagement der WestLB in Ecuador und ihre Informationspolitik ebenfalls von Beginn an scharf kritisiert. Auf GRÜNEN-Antrag befasste sich der Eine-Welt-Ausschuss mehrmals mit

dem Bau der umstrittenen Erdöl-Pipeline OCP in Ecuador.

Die WestLB hatte immer erklärt, unabdingbare Voraussetzung für das Engagement der Bank sei die Einhaltung der als strikt einzustufenden und weltweit anerkannten Umweltstandards der Weltbank. Jetzt stellt sich nach Informationen der Landesregierung unter Rückkopplung mit der Weltbank selber heraus, dass die Standards nicht eingehalten werden, sondern die Umweltorganisationen mit ihrer Kritik Recht hatten. Da dies im klaren Widerspruch zu den bisherigen Aussagen der WestLB steht, muss das zu Konsequenzen führen:

Wir erwarten von der WestLB, dass sie sich aus diesem Projekt zurückzieht. Die Erdöl-Pipeline in Ecuador darf nicht gebaut werden. Es dürfen jetzt keine weiteren Fakten vor Ort geschaffen werden. Außerdem erwarten wir eine lückenlose Aufklärung über den fragwürdigen Entscheidungsprozess bei der WestLB. Die WestLB muss ihre internationale Geschäftspolitik ändern und sich einen so genannten „code of conduct“ geben. Die Landesbank darf nicht ohne Rücksicht auf Menschen und Umwelt ausschließlich an ihre Bilanzsumme denken. Am 14. Januar 2002 wird der Eine-Welt-Ausschuss dazu eine Anhörung durchführen.

Ausstellungen im Landtag

Unter dem Titel „Tiefse(h)en“ zeigt der Landtag ab 23. Januar kommenden Jahres bildnerische Arbeiten psychisch kranker Straftäter aus dem Westfälischen Zentrum für forensische Psychiatrie Lippstadt und dem Westfälischen Therapiezentrum Marsberg „Bilstein“. Mit der Präsentation der Malerei und Objekte des Maßregelvollzugs der Einrichtungen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe wird der Versuch unternommen, die „Mauer“ zwischen den forensischen Patienten und der Bevölkerung durchlässiger zu machen und durch diese Art des Kennenlernens Ängste abzubauen. Die Ausstellung wird gemeinsam von Landtagspräsident Ulrich Schmidt und dem Vorsitzenden der Landschaftsversammlung Westfalen Lippe, Dieter Wurm, eröffnet.

★

„Wir lernen gemeinsam fürs Leben“ lautete das Motto der Fotoausstellung, die im Landtag zu sehen war. Die 30 großformatigen Bilder – auf dem unteren Foto einige Plakate, die auf das Thema aufmerksam machten – zeigten beispielhaft lebensnahe Integration behinderter und nichtbehinderter Kinder und Jugendlicher verschiedenster Nationalitäten und Kulturen in unterschiedlichen Lebensbereichen. Initiator war der Oberhausener Verein „Gemeinsam leben – Gemeinsam lernen e.V.“, in dem sich Eltern, Lehrer, Ärzte, Pfarrer, Therapeuten und engagierte Bürger zusammengeschlossen haben, um sich für das Mit- und Voneinander-Lernen von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung einzusetzen.



LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
 Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
 Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
 Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Meester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon: (0211) 8842303, 8842304, 8842545 und 8842309, FAX 8843022
 Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Notker Becker (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.
 Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
 Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (0211) 3863626
 ISSN 0934-9154
 Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Es sind die harmlosen Fragen, die Carina Gödecke in Verlegenheit bringen. Solche, die nichts mit dem Beruf, sondern mit dem Leben zu tun haben. „Welche Hobbys haben Sie?“ Sie schaut überrascht, als habe sie ein längst vergessenes Wort wieder gehört. Dann lächelt sie und zieht an der Zigarette. „Lesen“, erwidert sie. Doch diese Standardfloskel überzeugt sie selbst nicht. Dann sagt Carina Gödecke: „Ich habe keine Hobbys mehr.“ Schließlich fällt ihr eine Lieblingsbeschäftigung ein: „Schlichtweg nix tun, das ist Luxus.“ Das spärliche Privatleben beschränkt sich meist auf Ehemann Lothar. Freizeit kann sich die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion kaum noch leisten, weil sie in ständiger Bereitschaft ist.

Müde wirkt die 43-Jährige trotzdem nicht. Die Augen hinter der randlosen Brille blicken einen aufmerksam an. Ihre Wachsamkeit hat sich die 43-Jährige mit eisenharter Disziplin antrainiert. „Ich bin die Erste, die kommt, und die Letzte, die geht“, sagt Gödecke. Das bedeutet um sechs Uhr morgens aufstehen, gegen Mitternacht einschlafen, sparsam Urlaub nehmen. Das Angebot des heutigen Fraktionschefs Edgar Moron, die parlamentarische Geschäftsführung zu übernehmen, habe sie überrascht, sagt Gödecke. Als Moron im Untersuchungsausschuss zur Flugaffäre die Landesregierung gegen die Angriffe der Opposition verteidigte, fiel ihm Gödeckes engagierte Hilfe auf. Moron kannte die Aufgaben und Belastungen eines Parlamentarischen Geschäftsführers, schließlich hatte er zu jener Zeit das Amt noch selbst ausgeübt.

Im März vergangenen Jahres, zwei Monate bevor Moron zum Fraktionsvorsitzenden ernannt wurde, begann Gödecke mit ihrer Arbeit. Sie muss sich mit den anderen Parlamentarischen Geschäftsführern beraten, als Mitglied des Ältestenrates zurtut sie die Tagesordnung fest und teilt Redezeiten für die Plenartage ein. Sie koordiniert zudem die Sitzungen in der 102-köpfigen SPD-Fraktion, setzt Themen fest und bemüht sich um eine „gute Atmosphäre“. Gödecke betrachtet sich als „Managerin“, die ein „mittelständisches Unternehmen“ leitet. Immerhin stehen der Fraktion jährlich sechs Millionen Mark zur Verfügung, 40 Mitarbeiter werden hier beschäftigt.

Eine entscheidende Aufgabe ist die Rückendeckung für den Fraktionschef. Nach Ansicht der Bochumerin reicht Loyalität allein für ihren Job nicht aus. „Man muss sich gegenseitig blind vertrauen können.“ Gödecke ist überdies für Moron die wichtigste Späherin. Sie beobachtet die anderen Fraktionen, behält das politische Geschehen im Auge und horcht in die eigenen Reihen hinein.

Dort ist seit längerem Kritik zu hören über die Fraktionsführung, die auch in die Öffentlichkeit dringt. Am sichtbarsten wurde die Unzufriedenheit bei den Vorstandswahlen im November, als Moron nur 71,7 Prozent Zustimmung erhielt. „Das war nicht fair“, sagt Gödecke, die mit 82,5 Prozent Zustimmung eines der besten Resultate erzielte. Insbesondere ärgert sie, dass acht Abgeordnete zur Abstimmung nicht er-



Carina Gödecke (SPD)

schiene waren. Die Außenwirkung war ihrer Meinung nach verheerend. Deshalb wird es eine ihrer zentralen Aufgaben sein, die Unzufriedenheit in der Fraktion abzubauen und die Kommunikation zu verbessern.

Den Landtag bezeichnet sie zuweilen als „Kunstwelt, in der man sich verlieren kann“. Deshalb wohnt Gödecke weiterhin in ihrem Wahlkreis in Bochum; den Bezug zum normalen Leben will sie nicht verlieren. Dort hat sie von klein auf die politische Kärrnerarbeit für die SPD kennen gelernt. Dass sie 1974 als 16-Jährige die Parteimitgliedschaft beantragte, war eine Selbstverständlichkeit. „Ich komme aus einer durch und durch sozialdemokratischen Familie“, sagt Gödecke.

Die gebürtige Hessin zog 1962 mit ihrer Familie nach Bochum, wegen Opel. Ihr Vater fing als Werksoberschmeister an und wurde Ratsmitglied in Bochum. Als die Firma ihm deswegen Druck machte, übernahm die Mutter, eine eingefleischte Gewerkschafterin, das Mandat. Tochter Carina trat 1989 für sechs Jahre die Nachfolge an. Zwischen 1986 und 1990 war sie Wahlkreis-Mitarbeiterin des früheren Bochumer Landtagsabgeordneten und amtierenden Oberbürgermeisters Ernst-Otto Stüber.

Mit den Tücken der Politik machte die studierte Lehrerin unangenehme Erfahrungen, als sie sich um Stübers Landtagsmandat bewarb. Damals seien von männlichen Konkurrenten Sprüche gekommen wie „Da kann ja auch meine Putzfrau kandidieren“, erinnert sich Gödecke. Zierlich ist die ÖTV-Gewerkschafterin, aber nicht zimperlich. Gödecke setzte sich schließlich durch und zog 1995 mit fast 60 Prozent in den Landtag ein.

In ihrer Zeit als einfache Abgeordnete hat sie die Konzentration auf ein Thema schätzen gelernt. Das fehlt ihr jetzt. „Ich muss eine Generalistin sein“, sagt Gödecke. Zunehmenden Gefallen findet sie zwar an der Haushaltspolitik, doch der Job als Parlamentarische Geschäftsführerin behält absoluten Vorrang. „Sachen, die man anfängt, muss man ordentlich machen“, lautet einer ihrer Glaubenssätze. Und trotz ihres enormen Arbeitswillens besitzt Carina Gödecke eine Sicherung, um das gefürchtete Ausbrennen zu vermeiden: „Ich frage mich in kontinuierlichen Abständen: Was macht es mit mir?“
 Kristian Frigel

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 21. Dezember 2001 bis 27. Januar 2002

21.12. **Gerhard Wirth** (SPD), 50 J.
22.12. **Josef Wilp** (CDU), 63 J.
22.12. **Horst Vöge** (SPD), 54 J.
23.12. **Heinz Sahnen** (CDU), 55 J.
24.12. **Hans Frey** (SPD), 52 J.
25.12. **Heinz Wirtz** (SPD), 58 J.
29.12. **Bodo Champignon** (SPD), 60 J.
30.12. **Oliver Keymis** (GRÜNE), 41 J.

1. 1. **Claudia Nell-Paul** (SPD), 48 J.
6. 1. **Günter Garbrecht** (SPD), 52 J.
7. 1. **Rainer Schmeltzer** (SPD), 41 J.
7. 1. **Christian Lindner** (FDP), 23 J.
8. 1. **Hubert Schulte** (CDU), 57 J.
9. 1. **Willi Zylajew** (CDU), 52 J.
10. 1. **Peer Steinbrück** (SPD), 55 J.
13. 1. **Hans-Dieter Moritz** (SPD), 62 J.
13. 1. **Volkmar Klein** (CDU), 42 J.
15. 1. **Dr. Georg Scholz** (SPD), 44 J.
17. 1. **Bernd Flessenkemper** (SPD), 52 J.
18. 1. **Horst Engel** (FDP), 55 J.
19. 1. **Karl-Heinz Rusche** (SPD), 61 J.
19. 1. **Thomas Mahlberg** (CDU), 37 J.
20. 1. **Hermann-Josef Arentz** (CDU), 49 J.
23. 1. **Gabriele Gorcitza** (SPD), 50 J.
23. 1. **Karl Peter Brendel** (FDP), 47 J.
24. 1. **Urban-Josef Jülich** (CDU), 62 J.
24. 1. **Barbara Steffens** (GRÜNE), 40 J.
25. 1. **Tanja Brakensiek** (CDU), 33 J.
27. 1. **Hans-Peter Meinecke** (SPD), 58 J.

★

Bodo Champignon 60 Jahre

Bodo Champignon, SPD-Abgeordneter aus Dortmund, feiert am 29. Dezember seinen 60. Geburtstag. Der gelernte Industriekaufmann ist Mitglied des Landtags seit 1980 und hat sich seitdem als Experte für Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik profiliert. Als Vorsitzender leitet er den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge sowie die Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausen. Stellvertretendes Mitglied ist er im Petitionsausschuss, im Sport- und Verkehrsausschuss. Seit 1969 ist er Mitglied der SPD, gehört seit 1994 dem SPD-Landesvorstand an und wurde 1995 in den Vorstand der SPD-Landtagsfraktion gewählt.

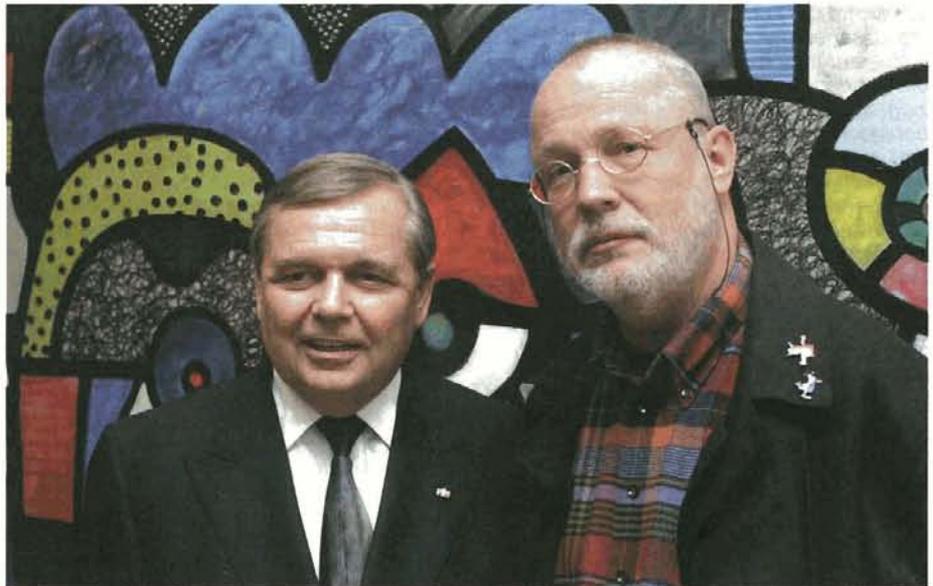
★

Gerd Wirth (SPD), im Märkischen Kreis 1990 direkt gewählt, feierte am 21. Dezember seinen 50. Geburtstag. Nach einer Werkzeugmacherlehre besuchte er die Fachhochschule und widmete sich der Sozialarbeit, bevor er in die Politik wechselte. Im Landtag engagiert er sich vor allem in der Verkehrspolitik. Seit einem Jahr ist er Vorsitzender des Unterausschusses Metro-rapid, den er mit einer Vorliebe für deutliche Worte leitet.

★

Gabriele Gorcitza (SPD), Landtagsabgeordnete aus Herne, vollendet am 23. Januar ihr 50. Lebensjahr. Sie gehört dem Landtag seit 1990 an und ist Mitglied des Ausschusses für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge. Ferner gehört sie dem Petitionsausschuss und dem Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung an.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



In neuem Glanz erstrahlt die Villa Horion am Düsseldorfer Rheinufer in der Nähe des Landtags. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (oberes Bild l.) hat den ehemaligen Sitz der nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten im Beisein von 200 Gästen am 18. Dezember seiner Bestimmung übergeben — schlicht und zünftig mit niederrheinischer Kost, Pianoklängen und einer Ausstellung des bekannten Künstlers Otmar Alt (oberes Bild r.). Bei der Eröffnung wies der Präsident darauf hin, er habe — „als Traditionalist und in diesem Fall auch als Wertkonservativer“ — dem beabsichtigten Verkauf dieses landesgeschichtlich bedeutsamen Gebäudes energisch widersprochen und sich für einen Verbleib beim Landtag eingesetzt. In der denkmalgeschützten Villa Horion ist jetzt der Petitionsausschuss des Landtags mit seinen 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern untergebracht; sie steht des Weiteren den Ausschüssen und Fraktionen zur Verfügung und wird für Empfänge, Workshops und Ausstellungen genutzt. — Wie harmonisch Kunst und Innenarchitektur miteinander auskommen, zeigt das untere Foto mit farbigen Alt-Werken vor der historischen Vertäfelung der Räume.

Fotos: Schälte

